

### Tschechische Positionen zur künftigen Gestalt der Europäischen Union

Lang, Kai-Olaf

Veröffentlichungsversion / Published Version  
Forschungsbericht / research report

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:  
Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Lang, K.-O. (2002). *Tschechische Positionen zur künftigen Gestalt der Europäischen Union*. (SWP-Studie, S 1). Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-238493>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

#### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

## **SWP-Studie**

Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für Internationale  
Politik und Sicherheit

*Kai-Olaf Lang*

# Tschechische Positionen zur künftigen Gestalt der Europäischen Union

S 1  
Januar 2002  
Berlin

**Nachweis in öffentlich  
zugänglichen Datenbanken  
nicht gestattet.**

Abdruck oder vergleichbare  
Verwendung von Arbeiten  
der Stiftung Wissenschaft  
und Politik ist auch in Aus-  
zügen nur mit vorheriger  
schriftlicher Genehmigung  
gestattet.

© Stiftung Wissenschaft und  
Politik, 2002

**SWP**

Stiftung Wissenschaft und  
Politik  
Deutsches Institut für  
Internationale Politik und  
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
[www.swp-berlin.org](http://www.swp-berlin.org)  
[swp@swp-berlin.org](mailto:swp@swp-berlin.org)

Gestaltungskonzept  
Gorbach Büro für  
Gestaltung und Realisierung  
Buchendorf

# Inhalt

## **Problemstellung und Empfehlungen 5**

### **Einführung: Vorgehensweise und Kontext 7**

Vorgehensweise 7

Die zentralen Akteure im

parteipolitischen Gefüge 7

### **Die Positionen der wichtigsten**

#### **politischen Akteure 9**

Václav Klaus und die ODS –

»Eurorealismus« oder »Euroskeptizismus«? 9

Die ODS und die Zukunft der EU 11

Der Eurorealismus der ODS und

der Faktor Klaus 15

Der Eurorealismus der ODS und die

öffentliche Meinung 16

Die Sozialdemokraten – Föderalismus

zwischen Deutschland und Frankreich 17

Die Eurooptimisten der Viererkoalition 22

KDU-ČS 23

US 24

Václav Havel – Werte, Werte, Werte 26

Die KSČM – für ein »sozialistisches Europa« 28

### **Die Integrations- und finalitätspolitische Konfiguration 31**

#### **Charakteristika der tschechischen Europadebatte 33**

#### **Abnehmende Polarisierung 35**

Externe Gegebenheiten als

limitierende Faktoren 35

Interne Gegebenheiten als limitierende

Faktoren – Koalitionsregierungen 36

Gemeinsame Ziele 36

Elastizität der ODS 37

#### **Anhang 38**

Synopse der integrationspolitischen

Positionen tschechischer Parteien und

des Staatspräsidenten 38

Abkürzungsverzeichnis 40



### **Tschechische Positionen zur künftigen Gestalt der Europäischen Union**

Die Osterweiterung der Europäischen Union wird mit großer Wahrscheinlichkeit bald Realität. Aus den Noch-Kandidaten werden in Kürze Vollmitglieder der EU, die dann über die künftige Struktur der Union und die langfristige Evolutionsrichtung der europäischen Integration mitentscheiden. Die kommenden Mitglieder sind daher schon jetzt zur Teilnahme an der Diskussion um den Charakter der Union aufgefordert. Im *Konvent*, der Entscheidungsoptionen für die von 2003–2004 abzuhaltende Regierungskonferenz über die künftige Funktionsweise der EU liefern soll, werden die Kandidatenländer – wenn auch ohne Stimmrecht – mit am Tisch sitzen.

Für europäische Politik stellt sich daher die Frage, um welche Art von Partnern die EU erweitert wird: Wie werden sich die neuen Mitglieder europapolitisch definieren? Wo werden sie sich auf dem breiten Spektrum europapolitischer Konzeptionen positionieren? Wird der ohnehin schwierige Brückenschlag zwischen Erweiterung und Vertiefung durch die integrationspolitischen Philosophien in den Kandidatenländern zusätzlich erschwert, oder werden sie Positionen einnehmen, die zur Steigerung von Handlungsfähigkeit und Effizienz der Union führen?

Man wird sicherlich die künftige Haltung der Bewerberländer nicht antizipieren können. Denn die Debatte um die Zukunft der EU in den Kandidatenländern befindet sich noch in der Anfangsphase und wird überlagert von den Beitrittsverhandlungen. Das gilt im Prinzip auch für die Tschechische Republik, eines der Länder, das höchstwahrscheinlich bei einer ersten EU-Erweiterungsrunde berücksichtigt wird. Besondere Aufmerksamkeit verdient die Tschechische Republik deswegen, weil hier – im Unterschied zu anderen Kandidatenländern – mit Václav Klaus' Demokratischer Bürgerpartei (ODS) eine bedeutende politische Kraft präsent ist, die aus ihrer manifesten Skepsis gegenüber der europäischen Integration kein Hehl macht.

Wird somit die tschechische Haltung zur künftigen Gestalt der Europäischen Union je nach parteipolitischer Couleur der Regierung zwischen einem intransigenten Intergouvernementalismus, wie von der ODS vertreten, und einer mit föderalistischen Bauplänen der Union liebäugelnden Europasymphie der

übrigen staatstragenden Gruppierungen oszillieren? Ein näherer Blick auf die tschechischen Realitäten zeigt: Eine Reihe externer wie interner Faktoren wird einem starken Auseinanderdriften der Positionen entgegenwirken.

Mit dieser Aussage soll nicht der Eindruck erweckt werden, die Diskrepanzen zwischen den beiden Basisoptionen der tschechischen Europapolitik würden sich verflüchtigen und insbesondere die harte Haltung der ODS sich zwangsläufig abschwächen. Selbstverständlich wird die ODS, so sie entsprechend mandatiert ist, den tschechischen Nationalstaat nicht mit Zähnen und Klauen verteidigen und sich gegen jede Form von Machtransfer sperren. Ebenso ist zu berücksichtigen, daß die Politik der ODS immer ein beachtliches Quantum an verbalem Radikalismus beinhaltet, das nicht mit realer Positionsnahme nach Erhalt politischer Verantwortung gleichzusetzen ist. Doch wäre es zu simpel, die programmatischen Erklärungen der ODS allein mit Stimmenfang oder Oppositionspolitik zu erklären.

Die aus ideologischen Prämissen abgeleiteten oder aus persönlichen Aversionen herrührenden Ressentiments gegenüber »Brüssel« sind in der Führungsriege der ODS und in der Mitgliedschaft stark genug verankert, um ein Abrücken von ihren bisherigen Positionen unwahrscheinlich erscheinen zu lassen. Trotz ihres pragmatischen Gebarens hat die ODS unter Parteichef Klaus immer wieder bewiesen, daß sie gewillt ist, auch auf internationaler Bühne gegen den Strom zu schwimmen. Es spricht daher vieles dafür, daß einer der zentraler Akteure der politischen Szene auf absehbare Zeit eine »eurorealistische Partei mit intergouvernementalistischen Tendenzen« bleiben wird.

Daher dürfte es in der Tschechischen Republik auch mittelfristig zwei Grundvorstellungen hinsichtlich der künftigen Entwicklung der Europäischen Union geben, vertreten von zwei nebeneinanderstehenden Lagern, zwischen denen es zwar Berührungspunkte gibt, deren strategische Richtwerte aber deutlich auseinanderliegen. Es ist davon auszugehen, daß die Position der Tschechischen Republik in der EU infolge der stark innenpolitisch und ideologisch motivierten Polarisierung zwischen den zentralen Akteuren, zwischen britisch-skandinavischen Positionen einerseits und stärker supranational orientierten Visionen schwanken wird. Allerdings ist zu vermuten, daß »dämpfende Faktoren« die Amplitude der Schwankungen mittelfristig soweit reduzieren, daß faktisch auf einen Kurs der vorsichtigen Gemeinschaftsbejahung

bei Betonung nationalstaatlicher Regelungskompetenz eingeschwenkt wird. Eines aber kann weitgehend ausgeschlossen werden: Die Tschechische Republik wird, solange die gegenwärtigen innenpolitischen Voraussetzungen bestehen bleiben, keine *dauerhafte* Verstärkung für das Lager der europäischen Föderalisten und Anhänger der integrationspolitischen Vertiefung darstellen.

Eingedenk dessen wird bei der Aus- und Umgestaltung des europäischen Räderwerks darauf zu achten sein, daß die Tschechische Republik – und vergleichbare Kandidatenländer – weder symbolisch noch real diskriminiert werden. Benachteiligungen, wie etwa bei der Festlegung der nationalen Abgeordnetenkontingente im Europäischen Parlament, sind einer Verbesserung des europapolitischen Klimas im inner-tschechischen Diskurs nicht zuträglich. Eine rasche Zusage der Readjustierung wäre geboten.

Kennzeichen des tschechischen Europadiskurses ist seine parteipolitische Verwurzelung. Bei allen Problemen, die hieraus folgen, ist gleichwohl zu konstatieren, daß dadurch zumindest die Chance gegeben ist, eine auch über einen engen Expertenkreis hinausgehende Debatte anzustoßen. Zu den Defiziten in anderen Ländern Ostmitteleuropas gehört gerade das Fehlen einer über ein enges professionelles Segment hinausreichenden Diskussion hinsichtlich der langfristigen Entwicklung Europas und der Europäischen Union. Gleichzeitig sollten aber die Asymmetrien zwischen einzelnen parteipolitischen Akteuren reduziert werden, sollte mithin eine gleichmäßigere Profilierung aller relevanten politischen Kräfte erfolgen.

Bei der Auskristallisierung der Vorstellungen über die künftige Gestalt der Europäischen Union kommt auch für die tschechischen parteipolitischen Akteure dem inhaltlichen Dialog mit europäischen Partnern und in internationalen Bündnisorganisationen beachtliche Bedeutung zu. Vor allem bei Sozialdemokraten und Christdemokraten sind hierdurch programmatische Harmonisierungsprozesse induziert worden, die sich auch auf das Feld der europapolitischen Meinungsbildung beziehen. Mit Aufmerksamkeit wird daher die diesbezügliche Positionsfindung der ODS zu beobachten sein. Eine Intensivierung der Diskussion zwischen der ODS und ihrem Umfeld einerseits und europäischen Partnern andererseits könnte dazu beitragen, abweichende und identische Sichtweisen besser herauszuarbeiten.

# Einführung: Vorgehensweise und Kontext

## Vorgehensweise

In Anbetracht teilweise substantieller Abweichungen in den europapolitischen Langfristzielen einzelner politischer bzw. parteipolitischer Orientierungen wäre es unangebracht, von »einer« tschechischen Position hinsichtlich der Debatte um das künftige Gesicht der Europäischen Union zu sprechen. Sicherlich gab es von tschechischen Regierungsvertretern bei diversen Angelegenheiten Äußerungen zur »tschechischen Auffassung«. Doch waren diese bislang wenig kohärent. So konnte man in einem gemeinsamen Artikel des tschechischen Außenministers und seines deutschen Amtskollegen vom Sommer 2001, in dem auch Passagen über die »großen Fragen« zur Zukunft der EU zu finden sind, nachlesen, daß eine »Föderation von Nationalstaaten« ein akzeptabler Organisationsmodus der Union sei.<sup>1</sup> Nur wenige Wochen vorher hatte indes der Sprecher des Prager Außenministeriums erklärt, »die tschechische Seite« unterstütze zwar die europapolitischen Vorschläge Bundeskanzler Schröders, der Begriff »Föderation der Nationalstaaten« sei aber »geradezu irreführend«, weil er »zwei gegenläufige Vorstellungen« beinhalte: »die einer Superföderation und die einer gewöhnlichen Gruppe von Nationalstaaten«.<sup>2</sup> Derartige Abweichungen belegen, daß zumindest bislang nicht von einer einheitlichen oder dominierenden tschechischen Standortbestimmung gesprochen werden kann.

Nachfolgend soll es vornehmlich darum gehen, in einem ersten Schritt eine kurze Bestandsaufnahme zu erbringen, in der die wichtigsten »finalitätspolitischen« Standpunkte der zentralen politischen Akteure nachgezeichnet bzw. rekonstruiert werden. Im einzelnen geht es um die Positionen

- ▶ der europapolitisch wohl am stärksten profilierten politischen Gruppierung in der Tschechischen Republik, der Demokratischen Bürgerpartei von Václav Klaus;

- ▶ der gegenwärtig regierenden Sozialdemokratie (ČSSD);
- ▶ des christlich-liberalen Parteienbündnisses »Viererkoalition«;
- ▶ des tschechischen Staatspräsidenten Václav Havel und
- ▶ der Kommunistischen Partei Böhmens und Mährens (KSČM).

In der Zusammenschau der einzelnen Positionen wird eine spezifische *Konfiguration* der tschechischen Diskussion über die Richtungen und Inhalte der europäischen Integration sichtbar, zeigen sich *Charakteristika* des europapolitischen Diskurses. Insbesondere aber ergeben sich Hinweise dafür, welche *Faktoren zu einer Annäherung oder Abschwächung* der differierenden Standpunkte beitragen könnten. Hieraus lassen sich Anhaltspunkte für das eventuelle Gebaren des künftigen EU-Mitglieds Tschechische Republik gewinnen.

## Die zentralen Akteure im parteipolitischen Gefüge

Bevor die europapolitischen Positionen der einzelnen parteipolitischen Akteure dargestellt werden, soll zur generellen Orientierung ein kurzer Blick auf ihre Stellung in der Parteienlandschaft der Tschechischen Republik geworfen werden. In der zweiten Hälfte der 90er Jahre bildeten sich die Grundzüge des Parteiengefüges heraus, das das Land auf absehbare Zeit prägen wird. Die linke Seite des politischen Spektrums ist gekennzeichnet durch die Existenz einer sozialdemokratischen sowie einer kommunistischen Partei. Seit den Wahlen von 1998 regiert die sozialdemokratische ČSSD – in einer unikoloren Minderheitsregierung, die von der ODS auf der Grundlage eines sog. »Oppositionsvertrags« gestützt wird. Unter der Führung des gegenwärtigen tschechischen Premierministers, Miloš Zeman, wurde die ČSSD von einer Splitterpartei zur stärksten politischen Gruppierung des Landes und zur führenden Kraft der Linken. Die kommunistische KSČM entstand als Nachfolgepartei der vier Jahrzehnte herrschenden KSČ. Da sich in der Partei die reformorientierten Strömungen nicht durchsetzen konnten,

1 Jan Kavan/Joschka Fischer, In der Mitte des Kontinents, in: Süddeutsche Zeitung, 18.7.2001.

2 Schröderove radikálne zmeny Európskej únie sa týkajú aj nás [Schröders radikale Veränderungen der Europäischen Union betreffen auch uns], in: Sme, 5.5.2001.



verharrte die Gruppierung auf neo-kommunistischen Positionen. Die Kommunisten verfügen über eine stabile Anhängerschaft, werden aber bislang von den staatstragenden Parteien weitgehend politisch isoliert.

Die Parteien der rechten Mitte und der Rechten gliedern sich in zwei ideologische Lager: die konservativen bzw. konservativ-liberalen Bürgerparteien und die christdemokratische Volkspartei KDU-ČSL.

Die führende Gruppierung des bürgerlichen Lagers, die *Demokratische Bürgerpartei (ODS)*, versteht sich als »ausgeprägt rechte« Volkspartei mit liberal-konservativer Orientierung.<sup>3</sup> Unter ihrer unbestrittenen Führungsfigur Václav Klaus gab sich die Partei von Anfang an das Image einer für freie Marktwirtschaft und eine rasche ökonomische Umgestaltung eintretenden politischen Kraft. Die Akzentuierung von markoliberalen Wirtschaftskonzepten geht einher mit dem Bekenntnis zu einem starken Staat und der Ablehnung intermediärer gesellschaftlicher Vermittlungsinstanzen zwischen Individuum und Staat. Als die ODS in den 90er Jahren Regierungsverantwortung innehatte, zeigte sich indes, daß die wirtschaftsliberale Rhetorik von einer pragmatischen Wirtschafts- und Sozialpolitik begleitet wurde, in der sich auch die Favorisierung eines wirtschaftlichen Engagements durch den Staat niederschlug. Insofern ist es gerechtfertigt, wenn die ODS als Partei bezeichnet wird, die sich am Leitbild eines »konservativen etatistischen Neoliberalismus« orientiert.<sup>4</sup>

Ideologisch müßten die kleineren Bürgerparteien, also die *Demokratische Bürgerallianz (ODA)*, die in den 90er Jahren eine gewisse Rolle spielte, mittlerweile aber eher randständig ist, und die *Freiheitsunion (US)*, im wesentlichen als Abspaltung von Klaus-Gegnern in der ODS entstanden, der ODS am nächsten stehen. Aus Aversion gegen die Person Klaus sowie wegen erheblicher Differenzen in wichtigen Fragen der Außen-

und Wirtschaftspolitik, des Staatsaufbaus und hinsichtlich des Verhältnisses zur Sozialdemokratie haben sich ODA und US indes mit den Christdemokraten zusammengetan. Gemeinsam mit diesen beiden (und der kleinen *Demokratischen Union (DEU)*) bildeten sie das christlich-konservativ-liberale Bündnis *Viererkoalition (4K)*.<sup>5</sup>

Die Viererkoalition sieht sich nicht nur in Opposition zur regierenden Sozialdemokratie, sondern zum gesamten »Tolerierungsbündnis« aus ČSSD und ODS, das unter dem Gesichtspunkt der demokratischen Transparenz als problematisch erachtet wird. Parteien und vor allem Politiker der 4K stehen in einem gewissen Nahverhältnis zu Staatspräsident Havel. Ziel der 4K ist es, bei den für 2002 anstehenden Wahlen einen Regierungswechsel herbeizuführen. Allerdings besteht Uneinigkeit darüber, wer als eventueller Partner in Betracht zu ziehen ist. Während für die Christdemokraten, die sich stärker als Partei der Mitte definieren, eine Zusammenarbeit sowohl mit ODS als auch mit ČSSD möglich ist, stehen US und ODA einer Kooperation mit den Sozialdemokraten zurückhaltend gegenüber.

3 Diese Ausrichtung wurde trotz einiger Vorbehalte gegenüber dem Begriff »Liberalismus« auch auf der jüngsten Ideologischen Konferenz der Partei beibehalten; vgl. Zpráva o práci 1. sekce: ODS na české politické scéně. [www.ods.cz](http://www.ods.cz) [Bericht über die Arbeit der 1. Sektion: Die ODS auf der tschechischen politischen Bühne]. Ausführlich zum ideologischen Profil der ODS Jan Pauer, Der tschechische Liberal-konservatismus, in: *Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen* (Hg.), Tschechische Republik zwischen Traditionsbruch und Kontinuität, Bremen 1995, S. 11–68.

4 Pavel Machonin/Pavlna Štastnová/Aleš Kroupa/Alice Glasová, Strategie sociální transformace české společnosti – a jejich úspěšnost v parlamentních volbách [Die Strategie der sozialen Transformation der tschechischen Gesellschaft und ihre Erfolge bei den Parlamentswahlen], Brunn 1996, S. 46ff.

5 Im Oktober 2001 fusionierten US und DEU, folglich handelt es sich seither eigentlich um eine Dreierkoalition.

## Die Positionen der wichtigsten politischen Akteure

### Václav Klaus und die ODS – »Eurorealismus« oder »Euroskeptizismus«?

Die ODS wollte weder »eine tschechische CDU« sein noch sich an einer »zentristisch christdemokratischen Politik« ausrichten, sondern nahm sich von Anfang an angelsächsische Parteien und Politiker zum Vorbild, insbesondere die britischen Konservativen und deren damalige Vorsitzende Margaret Thatcher. Als nahe-stehende Parteien in Westeuropa werden auch die holländischen Liberalen der VVD oder die schwedischen konservativen Moderaten betrachtet, in Ost-mittleuropa der ungarische FIDESZ.<sup>6</sup> Isomorphismen bestehen überdies mit der neogaullistischen RPR.<sup>7</sup>

Dementsprechend hat die ODS bislang keine Annäherung an die Europäische Volkspartei (EVP) gesucht, sondern sich auf die Mitgliedschaft in der Europäischen Demokratischen Union (EDU) beschränkt, der Dachorganisation christdemokratischer sowie konservativer und ideologisch ähnlich orientierter Gruppierungen. Das Programm der EVP wurde vom Schattenminister für Auswärtige Angelegenheiten der ODS, Jan Zahradil, als das eines »europäischen Föderalismus« bezeichnet – »genau das Gegenteil des Programms der ODS«. Daher hat die ODS auf der Ebene des Europäischen Parlaments Kontakte mit der deutlicher intergouvernemental orientierten Union für ein Europa der Nationen (UEN) geknüpft.<sup>8</sup> Da sich EVP und EDU in zunehmendem Maße aufeinanderzubewegen bzw. die EVP längst einer offeneren Formel (nicht nur begrenzt auf christdemokratische Parteien)

anhängt, regen sich in der ODS Stimmen, die für einen Beitritt zur EVP plädieren, der ja mittlerweile auch solche Parteien angehören, die die ODS als ihre Vorbilder betrachtet (britische Konservative sowie Konservative aus Dänemark, Schweden, Finnland).<sup>9</sup>

Schon mit Blick auf die internationalen Kontakte und die programmatische Selbstdefinition ist wenig verwunderlich, daß in der ODS immer wieder Kritik an der Europäischen Union und an der Idee der europäischen Integration selbst laut wurde. Während die ODS traditionell von Eurorealismus und vom Kampf gegen »EU-Fetischisierung« und »falschen Eurooptimismus« spricht, wurde und wird die Partei von ihren politischen Gegnern als »euroskeptisch« oder gar »europafeindlich« abgestempelt. Doch was verbirgt sich hinter diesen Schlagworten?

Zunächst einmal ein *grundsätzliches Ja* zur tschechischen EU-Mitgliedschaft. In der Tat muß den Vertretern der ODS zugestimmt werden, die sich dagegen verwehren, pauschal als »antieuropäisch« qualifiziert zu werden. Sowohl die programmatischen Dokumente als auch die Erklärungen der relevanten Politiker der Partei einschließlich des Parteichefs Klaus haben immer ein Bekenntnis zum EU-Beitritt beinhaltet. So hat die ODS auch eine Reihe konkreter Vorteile ausgemacht, die eine tschechische EU-Mitgliedschaft dem Land bringen wird: die »Öffnung eines großen politischen und wirtschaftlichen Raums« oder die »Implementation des Teils des europäischen Rechts, der den Zustand des Rechts in der Tschechischen Republik verbessert« und die Liberalisierung der Wirtschaft voranbringt.<sup>10</sup> Hinter der Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft steckt selbstverständlich keine Europa-Begeisterung, sondern vielmehr eine nüchterne Lageeinschätzung und ein der ODS eignender Hang

6 Vgl. Rede des Schattenministers für Auswärtiges, Jan Zahradil, auf der Ideologischen Konferenz der ODS in Prag, 29.5.1999, [www.ods.cz](http://www.ods.cz).

7 »Die ODS ähnelt der RPR in vielem, etwa in ihrem Eurorealismus. Außerdem ist die tschechische politische Szene beinahe eine Kopie der französischen« (Petr Sokol, Několik poznámek k místu ODS na evropské politické scéně [Einige Anmerkungen zur Position der ODS auf der europäischen politischen Bühne], in: CEVRO, [2001] 1); differenzierter und kritischer: Petr Zidek, Klausisté jako gaullisté? Nebudme naivní [Die Klaus-Anhänger als Gaullisten? Seien wir doch nicht naiv], in: Lidové noviny (LN), 27.2.2001.

8 Jan Zahradil, Občanská demokratická strana v kontextu pravicových stran v Evropě [Die ODS im Kontext rechter Parteien in Europa], in: CEVRO (2001) 1.

9 Sokol, Několik poznámek k místu ODS [Fn. 7].

10 Siehe hierzu das außenpolitische Programm der ODS aus dem Jahr 1999: Národní zájmy v reálném světě [Nationale Interessen in einer realen Welt], [www.ods.cz](http://www.ods.cz); vgl. hierzu und zur programmatischen Entwicklung der ODS in den Fragen der europäischen Integration allgemein: Miroslav Mareš, České politické strany a evropská integrace [Die tschechischen politischen Parteien und die europäische Integration], in: Integrace, (2000) 1.

zur *Realpolitik*.<sup>11</sup> Die Mitgliedschaft in der EU, so Klaus, sei mittlerweile zum Maß dafür geworden, ob ein Staat ein »normales, standardgemäßes, entwickeltes, gehorsames europäisches Land« sei. »Infolgedessen haben wir keine andere Möglichkeit, als maximale Anstrengungen zu entwickeln, daß wir sobald wie möglich Mitglied werden – ohne Rücksicht auf unsere Meinung hinsichtlich des gegenwärtig verwirklichten Modells der Einigung Europas oder der Ideologie, die sich dahinter verbirgt.«<sup>12</sup>

Gleichwohl geht das grundlegende *Ja* der ODS oft einher mit einem *Aber*, das sich auf eine Vielzahl angeblicher Unzulänglichkeiten und Funktionsdefizite der europäischen Mechanismen bezieht und das in der öffentlichen Diskussion häufig stärker betont wird als die Notwendigkeit zur Eingliederung in die Strukturen der europäischen Integration. Welche Vorwürfe erheben die Bürgerpartei und allen voran ODS-Chef Klaus im Rahmen dieser (so der ODS-Jargon) »realistischen« Herangehensweise gegenüber Brüssel? Zu den immer wieder vorgebrachten Kritikpunkten gehören der Verweis auf ein massives Demokratie-defizit der EU, auf mangelnde Effizienz aufgrund eines hohen Maßes an Bürokratie und Zentralisierung, der Einwand, die EU sei in Frontstellung zu Amerika, oder der Vorwurf, die EU mische sich in die inneren Angelegenheiten der Mitgliedstaaten ein.

Diese prinzipiellen Kritikpunkte werden durch Einwände ergänzt und verstärkt, die aus den weltanschaulichen Prämissen der ODS resultieren. Für die außen- und europapolitische Standortbestimmung sind vornehmlich folgende Aspekte von Belang:

- Das Eintreten für ein – nicht näher spezifiziertes – »tschechisches Nationalinteresse« und das – bereits angesprochene – Engagement für die Wahrung der »Souveränität des tschechischen Staates«.<sup>13</sup> Dem entsprechend widersetzt sich die ODS allen Tendenzen, die die Position des Nationalstaates unterminieren könnten. Abgelehnt wird »Auflösung unseres Staates« sowohl »in supranationalen

Strukturen« als auch »in einem »Europa der Regionen« ohne klar abgegrenzte Staatlichkeit«.<sup>14</sup> Grundlegender Baustein für die Architektur Europas muß der Staat sein. Die EU, so Václav Klaus, lasse sich nicht auf einem direkten Verhältnis »Bürger–Union« errichten.<sup>15</sup>

- Ein prononcierter *Antisozialismus*, für den sich Brüssel als Hort von wirtschaftlichem Interventionismus und Dirigismus sowie Reformfeindlichkeit darstellt und der vornehmlich das »teure und unflexible Modell des sog. Sozialstaats« entschieden ablehnt.<sup>16</sup> In der Phase einer temporären Dominanz sozialdemokratischer Regierungen in Westeuropa erhielt dieses Motiv spürbar Auftrieb.
- Unübersehbar ist eine tiefe Skepsis der ODS gegenüber *ökologischen Reformbemühungen*, die in Europa bereits die Form eines »aggressiven Ökologismus, der sich gegen die Grundlagen rationalen menschlichen Handelns richtet,« angenommen haben sollen.<sup>17</sup> Václav Klaus zufolge werden Ökologismus und Environmentalismus nach der Abwahl der Clinton-Administration wenigstens in den Vereinigten Staaten Einhalt geboten, was sich besonders positiv in dem amerikanischen Nein zu Kyoto niedergeschlagen habe: »Es ist ein großes Glück, daß sich ein Politiker gefunden hat, der es wagt, »gegen den Wind zu blasen.«<sup>18</sup>
- Obwohl in der ODS, die sich ja als breite, unterschiedliche weltanschauliche Orientierungen integrierende Sammelpartei versteht, auch eine christdemokratische Strömung präsent ist, steht die Partei in einer sichtbaren Tradition des *laizistischen tschechischen Konservatismus*.<sup>19</sup> Sichtbarer Ausdruck dessen war etwa der Widerstand der ODS gegen die Restitution von Kirchenvermögen in der Zeit der Klaus-Regierungen. Nicht zuletzt aus wahlstrategischen Gründen wird in der ODS dafür votiert, aufgrund der »traditionell ungläubigen und liberalen tschechischen Gesellschaft« noch stärker

14 Ebd.

15 Vgl. Machonin/Šťastnová/Kroupa/Glasová, Strategie sociální transformace české společnosti [Fn. 4], S. 56.

16 Vgl. »Hlavu vzhůru«, Volební program ODS [Fn. 13].

17 Evropská integrace a její dnešní problémy [Die europäische Integration und die damit verbundenen gegenwärtigen Probleme], Vortrag des Vorsitzenden der ODS, Václav Klaus, am 23.6.2000 in Wachau, www.ods.cz.

18 Václav Klaus, Ekologie nebo prosperita? [Ökologie oder Wohlstand?], in: Večerník Praha, 6.4.2001.

19 Vgl. zu historischen Bezugspunkten: Jana Čechurová, Česká politická pravice. Mezi převratem a krizí [Die tschechische politische Rechte. Zwischen Umsturz und Krise], Prag 1995.

11 Daran knüpft auch der Titel des außenpolitischen Programms der Partei an: »Nationale Interessen in einer realen Welt«, www.ods.cz.

12 Klaus se stal proti své vůli eurofilem, společnou měnu však odmítá i nadále [Klaus ist gegen seinen Willen europhil geworden, die gemeinsame Währung lehnt er allerdings nach wie vor ab], in: Hospodářské noviny (HN), 11.1.2001.

13 Mit der Losung »Wir verteidigen das nationale Interesse« ist etwa das dem Bereich Außenpolitik gewidmete Kapitel im Wahlprogramm der ODS von 1998 überschrieben, vgl. »Hlavu vzhůru« [Kopf hoch], Volební program ODS 1998 [Das Wahlprogramm der ODS 1998], www.ods.cz.

als bisher von traditionalistischen Positionen abzurücken und »zwischen liberalem Konservatismus und Libertarianismus zu oszillieren«.<sup>20</sup> Durch ihren Säkularismus (für viele ihrer politischen Konkurrenten »Antiklerikalismus«) unterscheidet sich die ODS von den christlich inspirierten weltanschaulichen Optionen: intern gegenüber dem politischen Katholizismus und seiner parteipolitischen Inkarnation, der KDU-ČSL, extern gegenüber der europäischen Christdemokratie, die, mit Blick auf die Gründerväter der europäischen Integrationsidee, als Initiatorin und – hinsichtlich der Politik vor allem der deutschen Unionsparteien – als Bannerträgerin des in der ODS verpönten Euroföderalismus gilt.

Damit sind kursorisch die Koordinaten der ODS-Europakritik skizziert, wie sie sich – nicht zuletzt durch Äußerungen von Parteichef Klaus – im Laufe des ersten Lebensjahrzehnts der Partei formiert haben. Neuen Schwung und neue Brisanz erhielt die europapolitische Debatte der ODS durch ein Papier, das auf der Ideologischen Konferenz der Partei im April 2001 vorgelegt wurde. Unter der Überschrift »Manifest des tschechischen Eurorealismus« meldeten vier ODS-Mitglieder ihre grundlegenden Vorbehalte gegenüber der EU und einer tschechischen Mitgliedschaft an.<sup>21</sup> Dabei gingen sie sogar so weit, Alternativen zum EU-Beitritt anzusprechen, die von der Mitgliedschaft in der EFTA über bilaterale Vereinbarungen mit der EU bis hin zur Annäherung an die NAFTA reichen. Das Papier gehört zwar, und darauf wies unter anderem Parteichef Klaus mehrmals hin, nicht zum offiziellen *acquis* der ODS-Programmatik, doch spiegeln sich in ihm die Vorbehalte der offen europakritischen Segmente in der Partei wider, für die die EU ein »seelenloser, von der Bürokratie beherrschter Moloch«<sup>22</sup> mit Tendenzen zum »pragmatischen

Despotismus« über Demokratie und Verfassungsstaat<sup>23</sup> ist. Das Manifest bündelt, verstärkt und veranschaulicht aber auch Ressentiments in nicht unerheblichen Teilen von Basis und Führung der ODS. Überdies ist es als Bestandteil der Wahlkampfstrategie der ODS für die Parlamentswahlen von 2002 zu werten, in denen die EU-Thematik eines der drei zentralen Themen werden soll.<sup>24</sup> Die ODS möchte sich als konsequente Verteidigerin der tschechischen Interessen beim EU-Beitritt darstellen, selbst wenn es ihr abermals den Ruf des »Isolationismus« einbringen sollte.<sup>25</sup>

## Die ODS und die Zukunft der EU

Es kann kaum erstaunen, daß die ODS angesichts ihrer ideologischen Ausgangspositionen und ihrer europapolitischen Anwürfe auch über klare Vorstellungen zur künftigen Gestalt der Europäischen Union und zur generellen Entwicklungsrichtung der europäischen Integration verfügt. Ihr vorrangiges Anliegen ist, der Entstehung eines europäischen Bundesstaates entgegenzuwirken und die Steuerungsautonomie des Nationalstaates weitgehend zu erhalten. Die ODS möchte innerhalb der Europäischen Union, »ein intergouvernementales und nicht supranationales Modell der Zusammenarbeit der europäischen Staaten durchsetzen«.<sup>26</sup> Ebenso wie ein »Europa der Regionen«, schreibt ODS-Funktionär Petr Plečický, sei auch ein europäischer Bundesstaat »nur ein Trick, die Verantwortung für politische Entscheidungen in den Augen der Wähler zu vernebeln. Die Alternative zur Föderation bleibt die freiwillige vertragliche Zusammenarbeit der Nationalstaaten, die auf internationalem Recht basiert.«<sup>27</sup> Schattenaußenminister Zahradil hält zwar aufgrund des Gegendrucks vor allem von Großbritannien und den skandinavischen Staaten die Entstehung eines europäischen Bundesstaates vor dem Beitritt der Tschechischen Republik zur EU für unwahrscheinlich, doch steht für ihn fest: »Nach

20 Petr Nečas, Hledání kořenů: Pouze deset let české konzervativně liberální politiky [Die Suche nach den Wurzeln: Nur zehn Jahr einer konservativ liberalen Politik in Tschechien], in: Petr Fiala/František Mikš (Hg.), Česká konzervativní a liberální politika [Tschechische konservative und liberale Politik], Brunn 2000, S. 148–164 (164).

21 Zu den Verfassern des Manifests gehören Jan Zahradil, Schattenaußenminister der ODS, und Petr Plečický, Leiter der außenpolitischen Kommission der ODS; Manifest českého eurorealismu (dokument k ideové konferenci ODS) [Manifest des tschechischen Eurorealismus (Papier für die Ideologische Konferenz der ODS)], [www.ods.cz](http://www.ods.cz).

22 Petr Plečický, Národní stát v dnešní Evropě [Der Nationalstaat im heutigen Europa], in: Proglas (1999) 5/6.

23 Miroslav Bednář, Evropa na scestí [Europa auf Abwegen], in: Mladá fronta Dnes (MfD), 27.3.2001.

24 Nalijme lidem čistého vína o EU [Schenken wir den Menschen doch reinen Wein über die EU ein], Interview mit Jan Zahradil, Schattenaußenminister der ODS, in: LN, 23.4.2001.

25 »10 let ODS« [10 Jahre ODS], Eröffnungsrede von Václav Klaus auf der Ideologischen Konferenz der ODS am 21.4.2001; [www.ods.cz](http://www.ods.cz).

26 Nalijme lidem čistého vína o EU [Fn. 24].

27 Petr Plečický, Jaké uspořádání pro Evropu? [Welche Ordnung für Europa?], in: Právo, 23.10.2000.

unserem Beitritt müssen wir uns selbstverständlich mit aller Kraft gegen eine Föderalisierung wehren – zum Beispiel durch die Schaffung einer alternativen, losen Gruppierung im Rahmen der EU, durch Druck, eine Revision der Verträge von Maastricht oder Amsterdam herbeizuführen, durch die Aufrechterhaltung des nationalen Vetos usw.«<sup>28</sup> Zahradil kritisiert in diesem Zusammenhang insbesondere die Parteien der tschechischen Viererkoalition dafür, daß sich die Tschechische Republik »gleichsam in der Gefangenschaft« der deutschen, föderalistischen Vorstellung über die EU befinde.<sup>29</sup> Weniger dramatisch, aber gleichwohl in der Sache entschieden sieht Jaroslav Zvěřina die Lage, der von der ODS gestellte Vorsitzende des Ausschusses für Europäische Integration in der tschechischen Abgeordnetenversammlung und gleichzeitig ein Exponent des integrationspolitisch moderaten Flügels in der ODS. Visionen von »Vereinigten Staaten von Europa« seien letztlich nur Einzelpositionen: »Zahlreiche bedeutende europäische Politiker stimmen darin überein, daß die Stärke Europas auf selbstbewußten und spezifischen Nationalstaaten beruht. Diese Überzeugung wird auch von der Demokratischen Bürgerpartei geteilt.«<sup>30</sup> Petr Nečas formuliert dies so: »Wir können für ein United Europe of States sein, nicht aber für die United States of Europe.«<sup>31</sup>

Damit ist das von der ODS avisierte Europamodell angesprochen: ein »Europa der Nationen, das auf freiem Markt, Partnerschaft, offener Konkurrenz, dem Schutz von Stabilität und auf Prosperität beruht.«<sup>32</sup> Es handelt sich um »ein Europa der Nationalstaaten mit primärer Verantwortung der nationalen Parlamente für die Gesetzgebung und nicht ein föderales Europa mit einer entscheidenden Kompetenz des Europäischen Parlaments. Vielleicht ändert sich die Situation in einigen Jahrzehnten, doch momentan gibt es

keinen Grund dafür, die Freiheit wieder abzugeben, die wir nach jahrzehntelanger Zwangsherrschaft des Sowjetkommunismus erlangt haben.«<sup>33</sup>

»Schutz der nationalen Souveränität plus Konzentration auf die ökonomischen Aspekte der Kooperation plus Aufrechterhaltung der transatlantischen Bindungen«, zu dieser Formel könnte man die Essenz der europapolitischen Zielvorstellungen der ODS komprimieren. Für die Schwerpunkte der gesamt-europäischen Diskussion um die Fluchtpunkte der europäischen Einigung zeichnen sich hieraus unter anderem die folgenden Positionen ab:

► Für die ODS stehen die traditionellen, wirtschaftlichen Kernbereiche der Integration im Vordergrund ihres Interesses an der EU.<sup>34</sup> Regulierung und Limitierung von Marktstrukturen und -prozessen werden weitgehend abgelehnt. »Der Gedanke der wirtschaftlichen Integration und die Schaffung eines einheitlichen Binnenmarktes erwiesen sich als sehr erfolgreich und wurden niemals grundlegend angezweifelt ... Problematischer ist der politische Teil der Integration, der – wie sich immer deutlicher zeigt – eher durch den Willen der europäischen politischen Eliten als durch die Bürger der Mitgliedstaaten geformt wird.«<sup>35</sup> Kritisiert werden wirtschaftspolitische »Residuen der Vergangenheit«, allen voran die Gemeinsame Agrarpolitik,<sup>36</sup> »handelspolitischer Protektionismus« und »der sog. welfare state«.<sup>37</sup> Insbesondere der Ausbau der »Sozialen Dimension« der EU findet daher in der ODS keinen Anklang. Nicht von ungefähr wandte sie sich gegen die Ratifizierung der Europäischen Sozialcharta. Die Ideen des französischen Regierungschefs Jospin, etwa eine Brüsseler Wirtschaftsregierung oder die angeblich von ihm angestrebte

28 Interview mit Jan Zahradil; [www.ods.cz](http://www.ods.cz).

29 ČR je poněkud v zajetí německé představy o EU [Die ČR ist im Banne der deutschen Vorstellung von der EU], Interview mit Jan Zahradil, in: *Právo*, 4.12.1999.

30 Jaroslav Zvěřina, *Evropské matení ODS* [Die europäische Begriffsverwirrung der ODS], in: *HN*, 17.7.2000.

31 Petr Nečas, *Evropská unie – nutnost či spása? Základní teze vystoupení na konferenci Mladých konzervativců »Quo vadis, Evropská unie?«* [Die Europäische Union – Notwendigkeit oder Rettung? Grundthesen des Beitrags auf der Konferenz der Jungen Konservativen »Quo vadis, Europäische Union?«], Pilsen, 6.4.2001; [www.petr-necas.cz](http://www.petr-necas.cz).

32 *Národní zájmy v reálném světě* [Fn. 10]. Dieselbe Formulierung findet sich im außenpolitischen Programm »Hlavu vzhůru« [Kopf hoch], Volební program ODS 1998 [Wahlprogramm der ODS 1998].

33 Petr Plectý, *Je budoucností federální Evropa? [Ist ein föderales Europa die Zukunft?]*, in: *MfD*, 7.6.2000.

34 »Ich habe nie ein Geheimnis daraus gemacht, daß ich zu der Gruppe von Politikern gehöre, die vor allem die ökonomische Dimension des europäischen Integrationsprozesses schätzen« (Václav Klaus, *Přemýšlejme, mluvme, pišme vážně o evropské integraci* [Laßt uns über die europäischen Union ernsthaft nachdenken, sprechen und schreiben], in: *MfD*, 9.11.1999).

35 *Národní zájmy v reálném světě* [Fn. 10].

36 Václav Klaus erklärte noch Mitte der 90er Jahre, die Agrarpolitik der EU sei etwas, »was wir nicht übernehmen wollen und in keinem Fall übernehmen werden«, in: *Zemědělství Evropské unie pro nás není vzorem, tvrdí Václav Klaus* [Die Landwirtschaft der Europäischen Union sei für uns kein Vorbild, behauptet V. Klaus], in: *LN*, 4.9.1995.

37 *Národní zájmy v reálném světě* [Fn. 10].

- Schaffung einer Sozial- und Legislativunion, weist Václav Klaus ausdrücklich zurück, da hierdurch ein »Europa des Sozialismus« angesteuert werde.<sup>38</sup>
- ▶ Die Debatte über europäische Grundrechte wird mit Zurückhaltung verfolgt. Charakteristisch ist die Aussage des ODS-Vorsitzenden, der mehrmals davor gewarnt haben will, »daß wir nicht so sehr mit den Menschenrechten herumfuchteln, sondern uns stärker um die Sicherung der grundlegenden menschlichen Freiheiten kümmern. Zwischen dem ›Recht auf‹ und der ›Freiheit von‹ besteht ein großer Unterschied. Diesen begreift die gegenwärtige, oberflächliche europäische Ideologie nur unzulänglich.«<sup>39</sup> Die Autoren des »Manifests des tschechischen Eurorealismus« sind unumwunden »gegen die Eingliederung einer sog. Grundrechtecharta in die europäischen Verträge und gegen die Annahme einer europäischen Verfassung«, weil dies dazu führen werde, daß es zu »weiteren destruktiven Eingriffen in die nationalen Gesetzgebungen auf der Grundlage subjektiver Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs« komme.<sup>40</sup>
  - ▶ Wenig Enthusiasmus zeigt man in der ODS auch für das Projekt der Europäischen Währungsunion, deren Kosten den Nutzen deutlich überwögen.<sup>41</sup> Die Frage des Beitritts zur Euro-Zone sei zwar für die Tschechische Republik nicht aktuell, grundsätzlich solle man sich aber vor einer vorschnellen »Euroisierung« oder anderen Experimenten hüten.<sup>42</sup> Die Autoren des »Manifests des tschechischen Eurorealismus« sind der Meinung, daß »wir unter bestimmten Umständen die Instrumente der Währungspolitik in den eigenen Händen belassen sollten«. Letztlich sollten die Bürger der Tschechischen Republik in einem Referendum über die Teilnahme an der EWU entscheiden.<sup>43</sup> Nicht uninteressant ist die Bemerkung von Václav Klaus, das Beispiel Tschechoslowakei habe gezeigt, daß man eine »Währungsunion sehr einfach zerteilen kann«.<sup>44</sup>
  - ▶ Was das institutionelle Gefüge der EU anbelangt, präferiert die ODS in ihrem Kampf »für die Stärkung des intergouvernementalen Charakters der EU, gegen Föderalisierung und eine weitere ›Vertiefung‹ der europäischen Integration«<sup>45</sup> sowie gegen den »Supranationalismus« einer »kleinen, aber gut sichtbaren Minderheit«<sup>46</sup> eine Aufwertung derjenigen Einrichtungen der EU, welche »direkt von nationalen Repräsentationen abgeleitet werden,« gegenüber denjenigen (Ministerrat), die die »›rein‹ europäische Ebene« vertreten (Kommission, Parlament).<sup>47</sup>
  - ▶ Aus der antiföderalistischen Haltung wird auch ein prinzipielles Nein zur Ausweitung qualifizierter Mehrheitsentscheidungen abgeleitet. Eine Abschaffung des »Rechts auf das nationale Veto« bedeute, daß die Bereiche ausgedehnt werden, »in denen wir überstimmt und dazu gezwungen werden könnten, daß wir Maßnahmen ergreifen, die wir uns nicht wünschen«. Die Argumentation, daß es im Interesse der Tschechischen Republik als eines kleinen Staates liege, supranationale Elemente der europäischen Ordnung zu stärken,<sup>48</sup> wird verworfen, da lediglich eine möglichst stark am Prinzip des Intergouvernementalismus ausgerichtete Union das Prinzip der Gleichheit ohne Rücksicht auf die Größe eines Mitgliedstaates garantiere und somit ein »eventuelles Diktat der Großmächte« verhindern kann.<sup>49</sup> Unterschiedlich werden in diesem Zusammenhang die Ergebnisse von Nizza eingeschätzt. Während es für Václav Klaus zu einem beunruhigenden Übergang vom Einstimmigkeits- zum Mehrheitsprinzip in mehr als 40 Bereichen kam,<sup>50</sup> wurde in den Augen Jan Zahradil der »Zug der supranationalen europäischen Zentralisierung, Föderalisierung und Bürokratisierung, der unaufhaltsam durch Maastricht und Amsterdam raste,«
- kritisierte in London den Gedanken der Währungsunion], in: HN, 11.1.2001.
- <sup>45</sup> Jan Zahradil, Bídňá úroveň diskuse o EU [Das armselige Diskussionsniveau über die EU], in: HN, 27.12.2000.
- <sup>46</sup> Klaus, Do Unie v roce 2004 [Fn. 41].
- <sup>47</sup> Klaus, Přemýšlejme [Fn. 34].
- <sup>48</sup> Die Autoren des Manifests beziehen sich auf eine Analyse des Prager Instituts für Internationale Beziehungen: Petr Drulák, Finalita EU po Nice – pokus o český pohled [Die Finalität der EU nach Nizza – der Versuch eines tschechischen Standpunkts], in: Evropská témata (2001) 1; [www.czechia.com/iir/cz/czcea/czet/czet.htm](http://www.czechia.com/iir/cz/czcea/czet/czet.htm).
- <sup>49</sup> Manifest [Fn. 21].
- <sup>50</sup> Václav Klaus, Údajně pomýlení Irové [Der angebliche Fehler der Iren], in: Deníky Bohemia, 21.6.2001.

<sup>38</sup> Václav Klaus, Varovný Jospinův projev [Die Erklärung Jospins als Warnzeichen], in: MfD, 8.6.2001.

<sup>39</sup> Václav Klaus, Záměrná symbolika a Evropa viděná ze Štrasburku [Bewußte Symbolik und die Sicht Europas von Straßburg aus], in: Večerník Praha, 12.5.2000.

<sup>40</sup> Manifest [Fn. 21].

<sup>41</sup> Václav Klaus, Do Unie v roce 2004 [2004 in die Union], in: Právo, 20.5.2001.

<sup>42</sup> Václav Klaus, Při rozšíření EU půjde o spor mezi idejemi a zájmy [Bei der EU-Erweiterung wird es zum Wettstreit zwischen Ideen und Interessen kommen], in: HN, 26.4.2000.

<sup>43</sup> Manifest [Fn. 21].

<sup>44</sup> Klaus kritizoval v Londýně myšlenku měnové unie [Klaus

in Nizza »wenigstens teilweise gebremst«, da unter anderem nur eine »unerhebliche« Ausweitung der Mehrheitsentscheidungen zustande kam.<sup>51</sup>

- Differenziert gestaltet sich das Verhältnis der ODS zum Themenkomplex »flexible Integration«. Einerseits wird befürchtet, daß sich »verstärkte Kooperation« als Katalysator zur Entstehung eines harten Kerns, einer Integrationsavantgarde erweist, was zur Folge haben könnte, daß Länder wie die Tschechische Republik (abermals) Teil einer europäischen Peripherie würden.<sup>52</sup> Überdies erblickt Václav Klaus in der flexiblen Integration ein Instrument, durch das eine »unionistische Politik« der EU vorangetrieben wird, da die Länder eines eventuellen »harten Kerns« eine »privilegierte, dominante Rolle« erlangen und somit ihre Vorstellungen besser durchsetzen können.<sup>53</sup>
- Weniger pessimistisch äußern sich indes Klaus' besonders euroskeptische Parteigänger. Für diese bietet flexible Integration eine Chance, nicht an der Vertiefung teilnehmen zu *müssen*.<sup>54</sup> Sie beinhaltet angeblich – unter anderen Voraussetzungen – die Möglichkeit, das Mitte der 90er Jahre von Václav Klaus immer wieder propagierte Modell eines Europa à la carte in die Tat umzusetzen: »Die europäische Integration sollte uns eher an ein Menü erinnern, aus dem die Staaten sich auswählen, auf welchen Gebieten sie sich integrieren wollen, als an einen Fall in eine immer tiefere obligatorische Integration.«<sup>55</sup> Das Konzept der verstärkten Kooperation wird unterstützt, sofern es ein gleichberechtigtes Nebeneinander unterschiedlicher Integrationsstadien akzeptiert, es wird hingegen abgelehnt, sollte es sich als Vehikel zur Durchsetzung eines Europas zweier Klassen herausstellen.<sup>56</sup> Im offiziell-

len außenpolitischen Programm wird eine »flexible, eventuell mehrere Geschwindigkeiten einbeziehende Struktur vor allem im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik, der Justiz und des Inneren« befürwortet.<sup>57</sup> Grundsätzlich aber solle das künftige EU-Mitglied Tschechische Republik sich mit »ähnlichen Partnern« zusammentun, um ein Gegengewicht zur Gravitationskraft der großen Staaten zu bilden. »Sonst droht uns eine allmähliche Auflösung in einem künftigen deutsch-französischen ›harten Kern‹.«<sup>58</sup>

- Wenig Begeisterung existiert in der ODS für die Aufwertung des Zweiten Pfeilers der Union und insbesondere für die ESVP. Jiří Payne gab zu verstehen, daß er die Idee der ESDI innerhalb der NATO einer autonomen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU vorzieht.<sup>59</sup> Petr Nečas, im ODS-Schattenkabinett für Verteidigungspolitik zuständig, ist der Auffassung, die EU realisiere ihre Absicht, »ein geopolitischer Konkurrent der Vereinigten Staaten von Amerika zu werden« und sich graduell aus der NATO auszugliedern. Europa müsse aber hierbei Vorsicht walten lassen, da nicht Rußland, sondern die USA der strategische Partner des alten Kontinents seien.<sup>60</sup> Die Präsenz der Tschechischen Republik und anderer Länder aus Ostmittel- und Osteuropa in der EU sollte in Anbetracht dessen als eine Art Rückversicherung für die Aufrechterhaltung des Bandes mit den Vereinigten Staaten angesehen werden: »Vor allem die neuen NATO-Mitglieder aus dem ehemaligen kommunistischen Block sind sich des unersetzbaren Wertes von Freiheit und Demokratie bewußt. Sie sollten daher klar zum Ausdruck bringen, daß sie ihre Bündnisverpflichtungen achten und den antiamerikanischen Trend der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union ablehnen.«<sup>61</sup>

Die Zustimmung zur ESVP will man in der ODS daher an klar formulierte Bedingungen knüpfen: »[Der] Aufbau der ESVP kann nur dann nützlich sein, wenn die Vereinigten Staaten an der Lösung einer

51 Zahradil, Bídna úroveň diskuse o EU [Fn. 45].

52 Václav Klaus, Bude sjednocená Evropa německá, či francouzská? [Wird das vereinigte Europa deutsch oder französisch sein?], in: Večerník Praha, 7.7.2000.

53 Klaus, Při rozšíření EU [Fn. 42]. An anderer Stelle – in einem Artikel, der auch in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung abgedruckt wurde – äußerte sich Klaus etwas versöhnlicher und erklärte, daß Konzeptionen wie ein »Europa der konzentrischen Kreise«, ein »Europa mehrerer Geschwindigkeiten« sowie ein »Europa des harten Kerns« in einer größeren EU sehr wohl notwendig seien. Dies müsse allerdings ein Europa sein, »wo wesentlich öfter als bisher das Prinzip der Freiwilligkeit und der Flexibilität Anwendung finden wird« (Klaus, Přemýšlejme [Fn. 34]).

54 Plectý, Je budoucností federální Evropa? [Fn. 33].

55 Plectý, Národní stát v dnešní Evropě [Fn. 22].

56 Manifest [Fn. 21].

57 Národní zájmy v reálném světě [Fn. 10].

58 Zahradil, Bídna úroveň diskuse o EU [Fn. 45].

59 Jiří Payne, Evropa se nebojí Ruska, ale Ameriky! [Europa hat keine Angst vor Rußland, aber vor Amerika!], 9.5.2000; [www.psp.cz/home/poslanec/127/NMD.htm](http://www.psp.cz/home/poslanec/127/NMD.htm).

60 Jde také o náš zájem [Es geht auch um unser Interesse], Interview mit Petr Nečas, stv. Vorsitzender der ODS, Schattenverteidigungsminister der ODS, in: Respekt, 30.4.2001.

61 Miloslav Bednář, Do EU zatím nevstupovat! [Einstweilen nicht der EU beitreten!], in: MfD, 20.10.2000.

konkreten Krise nicht teilnehmen wollen. Nicht mehr und nicht weniger. ... Der Grundstein der europäischen und der tschechischen Sicherheit muß die nordatlantische Allianz bleiben. Die Europäische Union darf nicht mit der Allianz in Verteidigungsfragen konkurrieren, und sie darf sich langfristig nicht darum bemühen, diese zu ersetzen. Der Versuch, ein Sicherheitsproblem im Rahmen der NATO und unter Teilnahme der USA zu lösen, muß Priorität vor dem Versuch haben, das Problem im Rahmen der EU zu lösen. Alle Entscheidungen im Bereich der ESVP müssen auf intergouvernementaler Basis gefällt werden, also ohne die Einbindung von Unionsorganen wie etwa der Europäischen Kommission oder des Europäischen Parlaments. Die Existenz eines einzigen Systems der Verteidigungsplanung für europäische und Allianzoperationen ist zentral. Für die europäischen Operationen dürfen keine parallelen Befehlsstrukturen geschaffen werden. Gemeinsame Kapazitäten der Allianz sollten nur unter der Supervision des Nordatlantikrates genutzt werden. Die Mitgliedstaaten der NATO, die für den Beitritt zur EU kandidieren, müssen sich aktiv an den Entscheidungsprozessen in der ESVP beteiligen können.<sup>62</sup>

Und aus Sicht des ODS-Vorsitzenden beinhaltet selbst der Kampf gegen den internationalen Terror unerwünschte »integrationsverstärkende« Nebeneffekte im Bereich der europäischen Sicherheitspolitik. In einer umstrittenen Rede vor dem Europäischen Parlament, in der er vor einer »schleichenden und stillen Vereinigung des Kontinents« warnte, sprach Václav Klaus auch von einem »Mißbrauch« der Ereignisse des 11. September zum Zwecke einer »schleichenden Europäisierung« auf dem Gebiet der inneren Sicherheit und der Sicherheits- und Verteidigungspolitik.<sup>63</sup>

## Der Eurorealismus der ODS und der Faktor Klaus

Nach der Spaltung in der ODS Ende 1997 zeigte sich deutlich, daß es neben Václav Klaus keine markante Führungspersönlichkeit in der Partei mehr gab. Ohne einflußreiche parteiinterne Gegenspieler und – nach dem erzwungenen Abgang als Premierminister – ohne

die Last der Regierungsverantwortung, setzte Klaus nun mit vollem Elan auf seine Fähigkeiten als *populistischer Führer* – auf Massenmobilisierung durch eine spezifisch neo-populistische Rhetorik, auf die Inszenierung als charismatische Leitfigur, auf verbale Attacken gegen die alten Eliten und auf einen »ethnisch-institutionellen Nationalismus« mit variierenden Zielen – Vertriebene und deren Forderungen, die politische Elite der Slowakei (vor 1993) oder eben die EU.<sup>64</sup> In der öffentlichen Wahrnehmung verfestigte sich vollends der Eindruck: »Die ODS ist Klaus, Klaus ist die ODS.«

Es lassen sich in Anbetracht der Fixierung der ODS auf ihren Parteichef nur schwer Aussagen darüber treffen, welchen Anteil der Faktor Klaus an der Konstituierung der europapolitischen Linie der ODS ausmacht bzw. ob eine ODS ohne den Vorsitzenden Klaus fundamental von ihren bisherigen »eurorealistischen« Positionen abrücken würde. Zu registrieren ist auf jeden Fall, daß die Sezession, in deren Folge später die US entstand, dazu geführt hat, daß selbst Ansätze für die Bildung von klar auskristallisierten ideologischen Flügeln oder innerparteilichen Fraktionen in der ODS nicht mehr existieren. Sehr wohl sind aber speziell mit Blick auf die Europapolitik unterschiedliche Akzentsetzungen zu vernehmen. So kann einerseits eine nicht zuletzt durch ihre Medienpräsenz profilierte Gruppe beinahe »fundamentalistischer« Euroskeptiker ausgemacht werden, zu der etwa die Verfasser des »Manifests des tschechischen Eurorealismus« zählen. Andererseits sind von ODS-Politikern wie etwa dem bereits erwähnten Abgeordneten Zvěřina wesentlich ausgewogenere und elastischere Äußerungen zu hören. Welche Strömung eher den Median in der ODS repräsentiert respektive in einer ODS »jenseits von Klaus« repräsentieren würde, läßt sich nicht voraussagen. Allerdings sind sich die »Radikalen« der Deckung Klaus' offenbar gewiß, der ihre provokativen Äußerungen offensichtlich aus taktischen Gründen toleriert. Indes sollte man auch keine Illusionen über die Vorstellungen der moderateren ODS-Politiker hegen. Selbst der zurückhaltende Jaroslav Zvěřina ist etwa der Auffassung, daß die ODS gegenüber und in der EU, in einer, wie er sich ausdrückt, »Gemeinschaft von Nationalstaaten« die nationalen Interessen legitim verteidige.<sup>65</sup> Solche Äußerungen zeigen, daß auch in

<sup>62</sup> Petr Nečas, Vytěšňovat USA z Evropy a nahrazovat jejich vliv vlivem vlastním je absolutně nepřijatelné [Die USA aus Europa zu verdrängen und ihren Einfluß durch den eigenen zu ersetzen ist absolut unannehmbar], in: Integrace, (2001) 8.

<sup>63</sup> Václav Klaus, Projev na půdě EP v Bruselu [Rede vor dem EP in Brüssel vom 5.12.2002], www.ods.cz.

<sup>64</sup> Vgl. Andrej Školkay, Osobnost, ideológia a ekonomická politika Václava Klause [Die Persönlichkeit, Ideologie und Wirtschaftspolitik von V. Klaus], in: Politologická revue, (2001) 1, S. 27–51 (46).

<sup>65</sup> Jaroslav Zvěřina, Je ODS opravdu protievropská? [Ist die ODS wirklich antieuropäisch?], in: Právo, 21.1.2000.



den europapolitisch »undogmatischen« Teilen der ODS alles andere als Europa-Begeisterung regiert. Ferner ist zu berücksichtigen, daß zur Klientel der ODS viele kleine und mittelständische Unternehmer, Handwerker und Gewerbetreibende gehören, welche der EU und dem Beitritt ihres Landes zu dieser zurückhaltend gegenüberstehen, da sie zu den potentiellen Beitrittsverlierern gehören. Ähnliches gilt für der ODS nahestehende Teile der Geschäfts- und Finanzwelt, in deren Interesse es nicht liegt, ein höheres Maß an Regulierung und Transparenz der unternehmerischen Tätigkeit, wie es aus der EU-Mitgliedschaft folgt, möglichst schnell herbeizuführen. Hiermit bestehen mehr oder minder eng mit der ODS liierte Interessen, die auch über den Zeitpunkt des Beitritts hinaus als reales Substrat eines akzentuierten Euroskeptizismus in der Bürgerpartei fungieren können.

### Der Eurorealismus der ODS und die öffentliche Meinung

Häufig wird darauf verwiesen, die ODS verfüge eigentlich über eine erklärmaßen europabejahende Sympathisantenschaft, ihre betonte Europa-Skepsis stehe daher gleichsam im Widerspruch zu den Zielen ihrer elektoralen Basis. Seitens der ODS wiederum wird argumentiert, der Sachverhalt einer starken Befürwortung der EU-Mitgliedschaft unter Anhängern der ODS bestätige nur, daß die Partei keineswegs eine europafeindliche Politik betreibe. Betrachten wir zunächst die Zahlen.

Seit geraumer Zeit ist in der Tschechischen Republik – wie in vielen anderen Kandidatenländern – eine sinkende Zustimmung zum EU-Beitritt zu beobachten. Nach der Aufnahme der Beitrittsverhandlungen ließ die Befürwortung der tschechischen Unionsmitgliedschaft um ein Viertel nach und unterschritt im April 2001 sogar die kritische 50%-Marke.<sup>66</sup>

Schlüsselt man die Akzeptanz der tschechischen EU-Mitgliedschaft nach parteipolitischer Präferenz auf, so wird sichtbar, daß europapolitische Zielsetzungen von Parteieliten und integrationspolitische Erwartungen von Parteianhängern nur begrenzt miteinander korrespondieren (Abb. 1).<sup>67</sup> So verfügt die »euro-

realistische« ODS über die europafreundlichste Gefolgschaft, während die sich dezidiert proeuropäisch gerierenden Christdemokraten und Sozialdemokraten beachtliche europaskeptische Wählersegmente unter ihren Anhängern aufweisen. Die Sympathisanten der ODS sehen in der EU-Mitgliedschaft ihres Landes deutlich mehr wirtschaftliche und politische Chancen als Risiken (vgl. Tab. 1). Ein weitgehender Gleichklang zwischen europapolitischer Orientierung von Partei und Wählern besteht damit lediglich für die rechtszentristische Freiheitsunion (US) und die kommunistische KSČM.

Woher rühren solche Diskrepanzen bzw. Parallelen? Als maßgeblicher Bestimmungsfaktor der europapolitischen Haltung der jeweiligen Anhängerschaft kann die soziale Verankerung der Partei betrachtet werden. Vereinfacht gesagt, sind die »Bürgerparteien« ODS und US die politischen Exponenten der städtischen, formal besser gebildeten, wohlhabenderen und jüngeren Wählerschichten. In der Anhängerschaft der Sozialdemokratie finden sich hingegen überdurchschnittlich viele Arbeiter, Menschen aus industriellen Krisenregionen sowie Personen mit durchschnittlichem Bildungsniveau. Ähnlich wie in der katholisch-ländlich-bäuerlichen Kernwählerschaft der Christdemokraten und in der durch einen hohen Anteil von Rentnern charakterisierten kommunistischen Anhängerschaft befinden sich mithin unter den Sympathisanten überdurchschnittlich viele reale oder potentielle »Transformationsverlierer«, die sich von den Implikationen einer EU-Mitgliedschaft bzw. den Vorbereitungen auf diese bedroht fühlen.

Ein Blick auf die Akzeptanz des tschechischen EU-Beitritts in unterschiedlichen soziodemographischen Gruppen bestätigt das.<sup>68</sup> Eine überproportional starke Beitrittsbefürwortung läßt sich feststellen bei:

- ▶ jüngeren und mittleren Altersgruppen,
  - ▶ Personen mit Abitur und vor allem Hochschulbildung,
  - ▶ Unternehmern, Angestellten und Studenten.
- Demgegenüber nehmen eine überproportional ablehnende Haltung ein:
- ▶ Personen über 60,
  - ▶ schlecht qualifizierte Personen,
  - ▶ Bewohner kleinerer Städte und mittlerer Dörfer,

<sup>66</sup> Umfrageergebnisse des Meinungsforschungsinstituts Taylor Nelson Sofres Česká republika vom 15.5.2001, Náznaky veřejnosti na Evropskou unii [Meinungen der Öffentlichkeit zur Europäischen Union]; [abcd.tnsofres.cz/index.php?lang=cz&s=4&m=0&r=5&item=z\\_vyzkumu&in=&id=71](http://abcd.tnsofres.cz/index.php?lang=cz&s=4&m=0&r=5&item=z_vyzkumu&in=&id=71).

<sup>67</sup> Umfrageergebnisse des Meinungsforschungsinstituts

Stem vom November 2000, Veřejnost ke vstupu ČR do EU [Die öffentliche Meinung zum EU-Beitritt der ČR], [www.euroskop.cz/euroskop/site/oko/analyzy.html](http://www.euroskop.cz/euroskop/site/oko/analyzy.html).

<sup>68</sup> Untersuchungen des Meinungsforschungsinstituts IVVM, Náznaky populace ČR na vstup do EU [Ansichten der Bevölkerung der ČR zum EU-Beitritt], in: Integrace, (2000) 4.

- Arbeitslose, Arbeiter, Hausfrauen, Rentner und Landwirte.

In diesem Zusammenhang ist das Verhalten der ODS prima facie überraschend: Warum bringt eine Partei mit einer derart europafreundlichen Wählerschaft immer wieder ihre Europaskepsis zum Ausdruck? Die Antwort auf diese scheinbare wahlstrategische Inkonsistenz liegt auf der Hand: um ihren elektoralen Besitzstand um europakritische Wählerschichten zu erweitern. Gerade unter den elektoralen Segmenten, die sich Ende der 90er Jahre von der ODS abwandten, ist ein beachtlicher Anteil volatiler Protestwähler (und Nichtwähler), die die Partei zurückerobern muß, will sie wieder zur stärksten politischen Kraft werden. Das Spiel mit der »europäischen Karte« kann aus Sicht der ODS ein Mittel sein, durch simplifizierte und polarisierende Parolen in diesen Gruppen (wieder) Einfluß zu erlangen. Daß man dabei insbesondere auf die ganz und gar nicht europabegeisterte Anhängerschaft der Sozialdemokraten abzielt, dokumentiert Jan Zahradil: »Anhand von Gesprächen mit verschiedenen Abgeordneten [der ČSSD] habe ich einen [vorherrschenden] Eindruck bekommen: Die Ansichten von Herrn Zaorálek und anderen Euro-enthusiasten korrespondieren bei weitem nicht mit der Mehrheitsmeinung der Mitgliederbasis und der Wähler der ČSSD. Bei ihrer Begeisterung über die starke Regierungspräsenz der Sozialistischen Internationale vergißt die sozialdemokratische Parteispitze (věřchuška) nämlich ganz einfach ihre Mitglieder und Wähler. Sie schämen sich geradezu des Adjektivs »national« und träumen von einem föderalen Superstaat, zu dem sich in Brüssel nacheinander Premier Zeman und Minister Kavan bekannt haben.«<sup>69</sup> Daß Zahradil mit seiner Einschätzung richtig liegt, zeigen Umfragen, aus denen hervorgeht, daß unter den Sympathisanten der Sozialdemokratie deutliche Ängste und Befürchtungen im Zusammenhang mit dem bevorstehenden EU-Beitritt präsent sind (Tab. 1).

Die ODS kann sich eine solche Herangehensweise erlauben, weil sie davon ausgehen kann, daß die europafreundlich gestimmte bisherige Stammwählerschaft ihr ohnehin treu bleibt, denn diese ist nicht zuletzt durch ihre Fixierung auf Parteichef Klaus und ihre Aversion gegen die Sozialdemokratie und die Parteien der Viererkoalition letztlich ohne Alternative.

Eingedenk der niedrigen Akzeptanz des EU-Beitritts

in der tschechischen Öffentlichkeit<sup>70</sup> ist eine Instrumentalisierung des Themas »EU-Mitgliedschaft und europäische Integration« im Wahlkampf aber insgesamt ein gefährliches Spiel mit dem Feuer. Sollte die von der ODS generierte euroskeptische Stimmung in die Wahlarena überschwappen, könnte sich die Dynamik der Beitrittsakzeptanz negativ verstärken.

## Die Sozialdemokraten – Föderalismus zwischen Deutschland und Frankreich

Die Tschechische Sozialdemokratische Partei erlebte in den 90er Jahren einen beachtlichen Höhenflug. Nachdem die revitalisierte historische Sozialdemokratie zunächst keine große Resonanz fand und ein Dasein an Rande des politischen Geschehens fristete, verlieh der seit 1993 amtierende Parteichef Miloš Zeman der Sozialdemokratie mit seiner offensiven Strategie der »rasanten Opposition« eine neue Dynamik, so daß die Partei nach den Parlamentswahlen von 1998 Regierungsverantwortung übernehmen konnte. Im wahlstrategischen Kalkül der ČSSD, sich von ihrem traditionellen Haupttrivalen, der Klauschen ODS abzugrenzen, ist daher auch eine Quelle der prinzipiell europa- und integrationsfreundlichen Haltung der tschechischen Sozialdemokraten und ihrer Ambition zu erblicken, zur proeuropäischsten Partei des Landes aufzusteigen.<sup>71</sup> Folgt man Lubomír Zaorálek, dem Vorsitzenden des außenpolitischen Ausschusses der tschechischen Abgeordnetenversammlung, schätzt die ODS die Europäische Union »völlig anders« ein als die regierenden Sozialdemokraten. Während bedeutende ODS-Mitglieder von einer »Degeneration« der Union sprächen, schaffe sie aus Sicht der ČSSD ein demokratisches Umfeld für ihre Mitgliedstaaten.<sup>72</sup>

Ein zweiter Beweggrund für die europafreundliche Profilierung der ČSSD liegt in ihrer ideologischen Verwurzelung in der bzw. Bezugnahme auf die europäische Sozialdemokratie und den sich daraus ergebenden Kontakten und programmatischen Analogien zu den sozialdemokratischen Parteien Westeuropas, der Sozialistischen Internationale und der Partei der Europäischen Sozialisten, für die die Bejahung der europäischen Einigung zum Kernbestand ihres poli-

<sup>70</sup> Zahradil, Bídňá úroveň diskuse [Fn. 45].

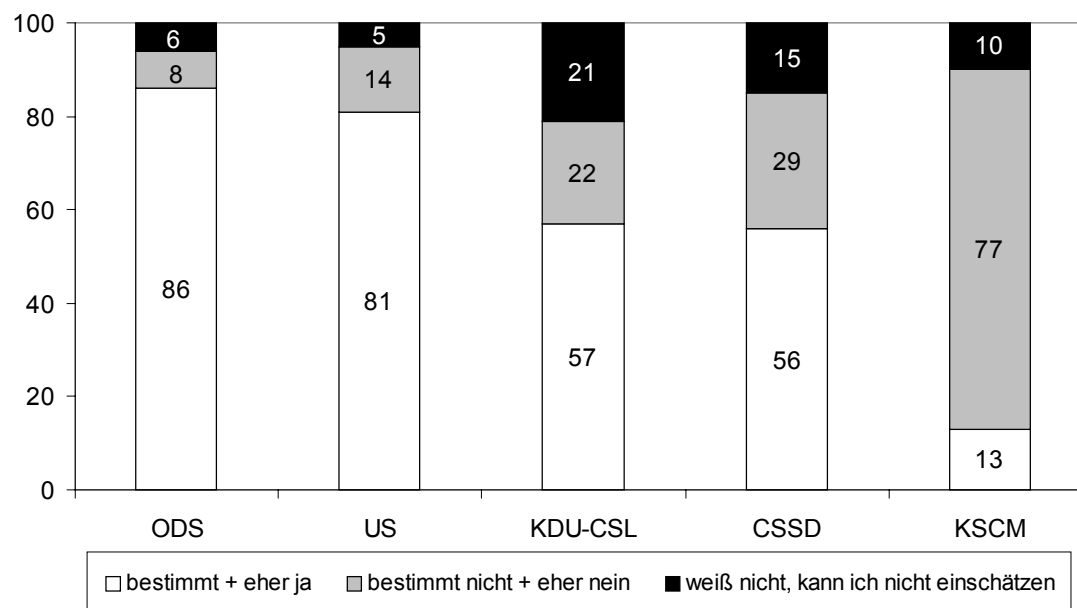
<sup>71</sup> Jan Kavan, Tisková konference České strany sociálně demokratické [Pressekonferenz der Tschechischen Sozialdemokratischen Partei], 16.3.2001, [www.cssd.cz](http://www.cssd.cz).

<sup>72</sup> Lubomír Zaorálek, ODS brzdou vstupu do EU [Die ODS als Bremse des EU-Beitritts], [www.cssd.cz](http://www.cssd.cz).

<sup>69</sup> Jan Zahradil, O bolavých tématech raději nemluvit? [Über schmerzhaft Themen lieber schweigen?], in: *Právo*, 17.7.2001.

**Abbildung 1**

**Stimmen Sie einem Beitritt der Tschechischen Republik in die EU zu?**  
(Anhänger der im Parlament vertretenen Parteien in %, Oktober 2000)



Quelle: STEM: Verejnost ke vstupu ČR do EU, Stručná informace pro novináře [Die Öffentlichkeit und der Beitritt der Tschechischen Republik zur EU, Kurze Information für Journalisten], November 2000.

**Tabelle 1**

**Gründe für Zustimmung und Ablehnung der EU-Mitgliedschaft der Tschechischen Republik (TschR)**  
**durch die Anhängerschaften politischer Parteien (in %)**

	ODS	KDU-ČSL	ČSSD	SPR-RSČ	KSČM
Nach der Integration wird statt uns jemand anderes über unsere Wirtschaft entscheiden .....	24,7	36,2	48,0	54,3	77,4
Nach der Integration werden wir finanzielle Zuwendungen erhalten .....	58,8	46,5	45,8	20,7	30,8
Die Integration wird die Exportchancen unserer Industrie verbessern .....	79,9	56,9	51,7	41,0	34,0
Staatsangehörige aus EU-Mitgliedstaaten werden sich in der TschR niederlassen .....	53,1	40,4	63,4	58,1	82,3
Die Arbeitslosigkeit wird steigen .....	46,6	34,4	61,8	60,6	81,1
Die Integration wird zur Geldwertstabilität beitragen .....	70,7	49,0	49,0	27,5	34,1
Die Integration wird das Prestige der TschR erhöhen .....	80,4	71,9	67,8	46,6	36,0
Der kulturelle Einfluß des Auslands wird wachsen .....	11,2	21,9	28,6	40,2	60,0
Die Integration wird zu teuer werden, der Lebensstandard der Tschechen wird sinken .....	28,5	37,2	60,6	64,0	71,6
Durch die Mitgliedschaft wird der Einfluß der TschR in der Welt wachsen .....	56,2	41,6	29,4	22,5	13,9
Nach dem Beitritt werden wir bessere Waren aus den EU-Mitgliedsländern beziehen.....	40,2	30,3	34,9	22,1	23,1
Nach dem Beitritt können tschechische Bürger in den EU-Mitgliedstaaten studieren und arbeiten .....	78,8	59,3	66,5	54,6	72,3

Quelle: FACTUM, Postoje k členství České republiky v EU [Einstellungen zu einer EU-Mitgliedschaft der Tschechischen Republik], Prag, 9/1997. Zitiert nach Laure Neumayer, Les partis politiques tchèques et l'intégration européenne, in: La nouvelle Alternative, (März 1998) 49, S. 28-30 (29).

tischen Besitzstandes wurde.<sup>73</sup> Damit verbunden ist auch die Hoffnung auf ein demokratisches und soziales Europa, das nicht allein auf den Prinzipien von Markt und unlimitierter Konkurrenz beruht, auf ein Europa, »das den Prinzipien von Freiheit, Selbstverwaltung und sozialer Gerechtigkeit entspricht«.<sup>74</sup> Ein drittes Motiv der Integrationsorientiertheit der ČSSD ist schließlich in ihrem Bemühen zu sehen, durch die Einbindung in den multilateralen Rahmen der EU Ungleichgewichte und Asymmetrien zu reduzieren, die einer einseitigen Fixierung auf den Nachbarn Deutschland inhärent wären. Den konservativen Regierungen von Václav Klaus warf die ČSSD in ihrem außenpolitischen Programm vom Februar 1998 vor, sie konzentrierten sich zu stark auf das Verhältnis mit Deutschland, was »zu Lasten der Beziehungen zu anderen europäischen Ländern, insbesondere zu Frankreich, Großbritannien, Italien und kleineren europäischen Staaten« gehe.<sup>75</sup> Zwar sei es richtig gewesen, die Kooperation mit Deutschland zu intensivieren, doch habe man es vernachlässigt, Deutschlands »dominante Position durch die Zusammenarbeit mit anderen bedeutenden Staaten auszubalancieren«.<sup>76</sup>

Insgesamt also gibt es für die Sozialdemokraten genügend Gründe, sich uneingeschränkt für das europäische Projekt einzusetzen. Den tschechischen Bürgern gaben die Sozialdemokraten daher auch vor den letzten Parlamentswahlen deutlich zu verstehen: »Die ČSSD identifiziert sich mit dem Gedanken der Integration der Staaten des europäischen Kontinents und betrachtet die Aufnahme der Tschechischen Republik in die Europäische Union ... als ihre Priorität.«<sup>77</sup> Die generell positive Haltung der ČSSD zur europäischen Integration manifestierte sich auch in den Erklärungen und Dokumenten der Exekutive, nach-

dem die unikolore Minderheitsregierung des ČSSD-Chefs Miloš Zeman ihre Arbeit aufgenommen hatte, etwa in der Regierungserklärung vom 12. August 1998<sup>78</sup> oder in der Außenpolitischen Konzeption der Tschechischen Republik vom 12. März 1999.<sup>79</sup>

Die sozialdemokratische Regierung bemühte sich von Anfang an, die Vorbereitungen auf den EU-Beitritt der Tschechischen Republik in den Mittelpunkt ihrer Politik zu stellen und durch eine Vielzahl legislativer und institutioneller Maßnahmen neue Dynamik in den Annäherungsprozeß an die Union zu bringen.<sup>80</sup> Mit dem Ansinnen, einen »Gesetzessturm« zur Verabschiedung EU-konformer Gesetze zu entfachen, wurde unter anderem im Rahmen des Tolerierungsabkommens mit der ODS ein Mitwirken der Klaus-Partei bei der Annahme von Gesetzesvorhaben vereinbart. Für Egon Lánský wurde das Amt eines speziell für »Integrationsfragen« zuständigen stellvertretenden Premierministers eingerichtet.<sup>81</sup> Da durch die Beitrittsverhandlungen ein Großteil der personellen Kapazitäten der ČSSD – sowohl in der Partei als auch in der Regierung – gebunden war und gleichzeitig Fragen über wichtige Detailprobleme des Verhandlungsprozesses in den Vordergrund traten, wurde indes die Formulierung konkreter Positionen zur langfristigen Entwicklung der europäischen Integration lange vernachlässigt. Erst die Ende der 90er Jahre auf europäischer Ebene einsetzende Diskussion und die Aufforderung an die Beitrittskandidaten, daran teilzunehmen, aktivierte die sozialdemokratischen Politiker dazu, ihr regelmäßig bekundetes, doch recht luftiges Bekenntnis zu einem europäischen Föderalismus etwas genauer auszubuchstabieren.

Dabei ist festzuhalten, daß aus der Partei selbst bislang kein mächtiger Impuls kam. Das zunächst einzige greifbare Produkt war die Resolution des XXX. Parteitags der ČSSD zur »Künftigen Gestalt der Europäischen Union« vom 8. April 2001. Ende des

73 So wurde auf dem XXX. Parteitag der ČSSD beschlossen, die europapolitischen Ziele zu verwirklichen in Zusammenarbeit »mit anderen sozialdemokratischen Parteien und mit allen Kräften, die sich um eine Festigung der sozialen und politischen Kohäsion der EU bemühen« (Rezoluční XXX. sjezdu k budoucí podobě Evropské unie [Resolution des 30. Parteitags zur künftigen Gestalt der Europäischen Union], www.cssd.cz).

74 Kavan, Tisková konference České strany sociálně demokratické [Fn. 71].

75 ČSSD (Hg.), Koncepce zahraniční politiky České republiky [Außenpolitische Konzeption der Tschechischen Republik], Prag, Februar 1998. S. 11.

76 Ebd., S. 4.

77 Integrace ČR do Evropské unie. Volební program ČSSD [Die Integration der ČR in die Europäische Union. Das Wahlprogramm der ČSSD], 18.2.2000.

78 Programové prohlášení vlády České republiky [Programmatische Erklärungen der Regierung der Tschechischen Republik], www.vlada.cz/1250/vlada/vlada\_progprohl.htm.

79 Koncepce zahraniční politiky České republiky [Außenpolitische Konzeption der Tschechischen Republik], www.vlada.cz/1250/vlada/vlada\_dokumenty.htm.

80 Vgl. Petr Desný, Česká sociální demokracie a Evropská unie [Tschechische Sozialdemokratie und die Europäische Union], in: Integrace, (2000) 2.

81 Unter anderem aufgrund von Kompetenzgerangel zwischen Lánský und dem Außenministerium sowie einem wenig vorteilhaften Auftreten des Vize-Premiers mußte dieser seinen Hut nehmen und Außenminister Kavan wurde in die Position des stellvertretenden Regierungschefs gehievt.

Jahres wurde dann gewissermaßen als Antwort zum euromanifestischen Manifest der ODS ein »Euromanifest der ČSSD« verabschiedet, das im Prinzip die wesentlichen Thesen des Dokuments vom Frühjahr bestätigt.<sup>82</sup>

In der Parteitage resolution wird unter anderem klargestellt, daß die tschechischen Sozialdemokraten für eine Aufrechterhaltung der europäischen Integrationsdynamik eintreten. Es geht ihnen um die Harmonisierung von Erweiterung und Vertiefung, »um zu möglichst engen politischen Verbindungen (svazky) zu kommen«.<sup>83</sup> Neben den konkreten Teilaspekten des Post-Nizza-Prozesses<sup>84</sup> und dem Verweis darauf, daß der in Nizza genannte Themenkatalog erweitert werden sollte, nimmt man Stellung zur langfristigen Entwicklung der EU: »Ohne eine Stärkung ihres politischen Gewichts und ihres Einflusses kann die Europäische Union auf der Weltbühne nicht als zentraler Akteur der Globalisierung bestehen. Sie kann kein ökonomischer Gigant ohne entsprechenden politischen Einfluß bleiben. Das künftige integrierte Europa muß genügend ökonomische, politische und militärische Instrumente haben, um seine Werte und Interessen in einer multipolaren Welt durchzusetzen, um den Risiken und Bedrohungen der Zukunft trotzen zu können. Die ČSSD unterstützt daher die Vertiefung der wirtschaftlichen und politischen Integration Europas bei einer fortschreitenden Stärkung der Demokratie und der föderativen Elemente in ihrer Entwicklung sowie unter Respektierung der nationalen und kulturellen Besonderheiten der einzelnen Staaten, Nationen und Regionen. Ein starkes und geeintes Europa bedeutet aber nicht ein zentralisiertes Europa.«<sup>85</sup>

Abgesehen davon sind aus der Partei vor allem Bekenntnisse zur europäischen Einigung als solcher zu vernehmen, zu einer raschen tschechischen EU-Mitgliedschaft sowie zu einem eng integrierten Europa. Der (seit Frühjahr 2001 im Amt befindliche) Parteichef Vladimír Špidla bezeichnet unterschiedliche Formen der europäischen Integration als »Teil unseres historischen Schicksals« und verkündet stolz, daß »das erste Projekt der europäischen Integration«,

die Konzeption des Jiří von Poděbrady, in der tschechischen Gedankenwelt geboren wurde.<sup>86</sup> Auf fruchtbaren Boden fiel bei Špidla die Rede des französischen Premiers Jospin über die zukünftige Gestalt Europas, weil der ČSSD-Vorsitzende unverhohlene Sympathien für Frankreich bzw. die französischen Sozialisten hegt.<sup>87</sup> So erklärte er etwa, daß er Ideen wie den Ausbau wirtschaftlicher Solidarität in Europa, die Schaffung eines Europäischen Konjunkturfonds oder die Etablierung eines Europäischen Sozialvertrags, aber auch die Stärkung Europas auf globaler Ebene für sehr attraktiv halte.<sup>88</sup>

Anders als Špidla, der – von Haus aus Sozialpolitiker – erst allmählich das Feld der Außenpolitik entdeckt, setzten die mit den Fragen der europäischen Integration von Amts wegen betrauten Spitzenpolitiker der ČSSD, also Regierungschef Miloš Zeman und Außenminister Jan Kavan, deutlichere Akzente. Als zwei wichtige Wegmarken sind hierbei Kavans Rede im Brüsseler Centre for European Studies am 19. März 2001 (nachfolgend Kavan)<sup>89</sup> sowie der Beitrag Miloš Zemans zu der von der EU initiierten »Debatte über die Zukunft Europas« am 14. Juni 2001 (nachfolgend Zeman)<sup>90</sup> anzusehen. Werden die Hauptaussagen der beiden Statements zusammengenommen, so lassen sich einige wichtige Hinweise auf das Europabild der Sozialdemokraten herauskristallisieren.

- Gewünscht wird ein »starkes Europa«, das eine »bedeutende Rolle in der Welt zu spielen hat« und das deswegen nicht nur wirtschaftlich, sondern auch hinsichtlich seiner »politischen Effizienz« stark sein muß (Kavan).
- Um diese Rolle wahrnehmen zu können, um einem »sich dynamisch entwickelnden, sozial gerechten, ökologisch sensiblen und politisch geeinten Europa« (Kavan) näherzukommen sowie um »ihre Werte

<sup>82</sup> Nominační projev Vladimíra Špidly na předsedu strany [Die Erklärung von Vladimír Špidl anlässlich seiner Nominierung zum Parteivorsitzenden], 7.4.2001, [www.cssd.cz](http://www.cssd.cz).

<sup>87</sup> Vgl. Vladimír Špidla, Komunisty bych do vlády nevzal [Die Kommunisten würde ich nicht in die Regierung nehmen], in: LN, 14.6.2001.

<sup>88</sup> Tisková konference České strany sociálně demokratické dne 8. 6. 2001 [Pressekonferenz der Tschechischen Sozialdemokratischen Partei], [www.cssd.cz](http://www.cssd.cz).

<sup>89</sup> The Czech Republic Joins an Ever Closer Union, Rede von Jan Kavan, stv. Premierminister und Außenminister der Tschechischen Republik, [www.ceps.be/Events/Webnotes/031901.htm](http://www.ceps.be/Events/Webnotes/031901.htm).

<sup>90</sup> Contribution by Prime Minister Miloš Zeman of the Czech Republic to »The Debate on the Future of Europe«, [europa.eu.int/futurum/congov\\_de.htm#czech](http://europa.eu.int/futurum/congov_de.htm#czech).

<sup>82</sup> Euromanifest ČSSD [Euromanifest der ČSSD], [www.cssd.cz](http://www.cssd.cz).

<sup>83</sup> Rezoluce XXX. sjezdu k budoucí podobě Evropské unie [Fn. 73].

<sup>84</sup> Man optiert u.a. für eine klare Kompetenzabgrenzung zwischen europäischer, nationaler und regionaler Ebene »bei konsequenter Realisierung des Subsidiaritätsgrundsatzes«, für die Vereinfachung der Verträge sowie für die Herausbildung einer Verfassung der EU, welcher die Charta der Grundrechte eingegliedert sein soll; ebd.

<sup>85</sup> Ebd.

verteidigen und ihre Interessen durchsetzen zu können«, benötigt die EU angemessene Instrumente (Kavan, Zeman).

- ▶ Deswegen wird die »Gemeinschaftsmethode« uneingeschränkt unterstützt (Kavan, Zeman), ohne dabei die Zweckmäßigkeit intergouvernementaler Strukturen in spezifischen Bereichen anzuzweifeln. Gemeinschaftliche Politiken und intergouvernementale Kooperation sollten vielmehr koexistieren (Kavan).
- ▶ Der Mechanismus flexibler Integration wird insofern akzeptiert, als er nicht zur Entstehung eines »exklusiven harten Kerns« von Ländern führt, der sich von den übrigen abgrenzen würde. »Dies würde die Kohäsion und Solidarität der Union« unterminieren (Kavan).<sup>91</sup>
- ▶ Unterstützt wird auch die Erstellung eines »grundlegenden Dokuments der EU, welches neben vereinfachten und allgemein verständlichen Vertragstexten und Machtdelegation auch die Charta der Grundrechte einschließen sollte« (Zeman).
- ▶ Letztlich ist damit auf eine »immer enger« (so der Titel von Kavans Rede) verflochtene Union zuzusteuern, auf ein »föderales, starkes und vereintes Europa« (Zeman). Premier Zeman bezeichnete sich mehrmals selbst als »Föderalisten«, unterstrich aber auch, daß die Differenz zwischen einer »engen Konföderation« und einer »losen Föderation« nicht genau zu bestimmen sei und im wesentlichen von den konkreten Lösungen abhängen, die man künftig finden werde.<sup>92</sup>

Keine Probleme hat man in der Sozialdemokratie denn auch mit der Abgabe von »größeren Teilen« nationalstaatlicher Souveränität an die EU.<sup>93</sup> Als vergemeinschaftungsfähige Politikfelder im Rahmen eines föderalistischen »europäischen Commonwealth« sieht Premier Zeman die Bereiche Verteidigung, soziale Fragen, äußere Angelegenheiten oder Umwelt-

fragen.<sup>94</sup> Außenminister Kavan tritt für eine möglichst rasche Eingliederung der Tschechischen Republik in die Wirtschafts- und Währungsunion ein.<sup>95</sup>

Sichtbar ist insbesondere das Bekenntnis zur »immer deutlicher werdenden Projektion des Integrationsprozesses in die politische Sphäre, und zwar in der Sphäre der Außen- und Verteidigungspolitik sowie in der Sphäre der Innenpolitik, das heißt auf dem Gebiet von Justiz und Polizei. Deswegen betrachtet [die Tschechische Republik] die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union als logischen und wünschenswerten Prozeß.«<sup>96</sup>

Man wird die Befürwortung der GASP und vor allem der ESVP seitens sozialdemokratischer Regierungsmitglieder teilweise als Ausdruck gewisser Vorbehalte gegenüber der Rolle der Vereinigten Staaten auf der internationalen Bühne zu deuten haben. Zwar läßt man in der ČSSD keinen Zweifel daran, daß das »euroatlantische Band« und die Präsenz der Vereinigten Staaten für die Sicherheit in Europa »fundamental« sind,<sup>97</sup> die jüngste Meinungsverschiedenheit mit Washington in Sachen Kuba-Politik<sup>98</sup> hat indessen – ebenso wie das Verhalten der Partei und ihrer Politiker während des Kosovo-Konflikts<sup>99</sup> – gezeigt, daß die Stimmung in der ČSSD alles andere als proamerikanisch ist.

Mit ihrem inhaltlich bisher nur wenig unterfütterten, allgemeinen Bekenntnis zu einem europäischen Föderalismus ist die ČSSD offensichtlich bemüht, mehrere Fliegen mit einer Klappe zu schlagen. Erstens ist sie darauf bedacht, ihre europapolitischen Finali-

94 Zeman: Mým snem je federální Evropa [Zeman: Mein Traum ist ein föderales Europa], in: ČN, 16.2.2001.

95 Česká republika a evropská integrace [Die Tschechische Republik und die europäische Integration]. Rede von Außenminister Jan Kavan in der Diplomatischen Akademie des chilenischen Außenministeriums am 6.12.2001, [www.mzv.cz/\\_archiv/prohlase/projevministrachile.html](http://www.mzv.cz/_archiv/prohlase/projevministrachile.html).

96 Ebd.

97 Mezinárodní situace a vývoj evropské bezpečnosti [Internationale Lage und die Entwicklung der europäischen Sicherheit]. Rede von Außenminister Jan Kavan, [www.mzv.cz/\\_archiv/prohlase/mezinarodni\\_situace.html](http://www.mzv.cz/_archiv/prohlase/mezinarodni_situace.html). Vgl. auch die oben angegebenen außenpolitischen Grundsatzdokumente der tschechischen Regierung.

98 Prag wollte eine Verurteilung der Menschenrechtspolitik Kubas durch die UN mit der Kritik an der amerikanischen Sanktionspolitik gegenüber Havanna verknüpfen.

99 Hierbei ist weniger die grundsätzliche Skepsis an der Intervention gemeint. Diese konnte auch in Teilen der ODS angetroffen werden. Vielmehr geht es um die wenig vorteilhafte und unzureichend abgestimmte tschechisch-griechische Initiative zur Lösung des Konflikts.

91 Ähnlich Kavan auch in seiner Einschätzung der Ergebnisse von Nizza, Prahu zklamal počet křesel ve Štrasburku [Prag ist enttäuscht von der Anzahl der Sitze in Straßburg]. Interview mit Jan Kavan, stv. Regierungschef der Tschechischen Republik, in: HN, 13.12.2000.

92 Zeman byl spokojen, že kandidáti podporují silnou nadnárodní EU [Zeman war sich sicher, daß die Kandidaten eine starke supranationale EU unterstützen werden], in: České noviny (ČN), 26.6.2001.

93 Jan Kavan, Vstup do EU je v životním zájmu ČR [Der EU-Beitritt liegt im vitalen Interesse der ČR]. Rede von Jan Kavan auf dem Seminar »My a EU: Argumenty místo iluzí« [Wir und die EU: Argumente statt Illusionen] des Zentrums für Ökonomie und Politik am 14.3.2000, [web.telecom.cz/cep/15\\_Kavan.htm](http://web.telecom.cz/cep/15_Kavan.htm).

täterwägungen einerseits mit einem sozialdemokratischen europäischen Mainstream in Einklang zu bringen. Da dieser bislang (und wohl auch künftig) nicht existiert, ist ein wenig spezifiziertes Ja zur Idee des Föderalismus rundum kompatibel und – zumindest vordergründig – sowohl mit der in letzter Zeit zum Lieblingsalliierten hochstilisierten französischen PS als auch mit der nach wie vor als zentraler Partner angesehenen SPD zu harmonisieren.<sup>100</sup> Zweitens ist das Etikett »Föderalismus« und die betont konstruktive Stellungnahme zugunsten der europäischen Integration hervorragend geeignet, den Gegensatz zur ODS darzustellen, einer Partei, die – in der Lesart der Sozialdemokraten – extreme und im europäischen Maßstab minoritäre Positionen vertritt und sich mit ihrem eurorealistischen Diskurs über allfällige Alternativen zur EU-Mitgliedschaft »gefährlichen politischen Illusionen« hingibt.<sup>101</sup> Drittens ist die Europapolitik einer der wenigen außenpolitischen Bereiche, der parteiintern nicht umstritten ist. Anders als im Falle von NATO-Mitgliedschaft, Rüstungsexportpolitik oder deutsch-tschechischen Beziehungen herrschte diesbezüglich immer weitgehend Einigkeit,<sup>102</sup> was es der Partei erlaubt, in dieser Frage mit einer Stimme zu sprechen und sich im Kampf um die außenpolitische Meinungsführerschaft besser einzubringen.

## Die Eurooptimisten der Viererkoalition

Die Viererkoalition (4K), ein Zusammenschluß politischer Parteien der rechten Mitte, entstand nach den Parlamentswahlen von 1998 als Reaktion auf die Zusammenarbeit zwischen ODS und Sozialdemokraten. Das zentristische Zweckbündnis besteht aus der christdemokratischen Volkspartei (KDU-ČSL), der liberalkonservativen Freiheitsunion (US; einer Partei, die vornehmlich durch Anti-Klaus-Dissidenten aus der ODS einberufen wurde), der ebenfalls liberalkonserva-

tiven Demokratischen Bürgerallianz (ODA, die sich anschickt, das verwaiste parteipolitische Segment einer genuin liberalen Partei zu okkupieren) sowie der radikal antikommunistischen Demokratischen Union (DEU). Entscheidende Komponenten sind die über eine beachtliche Mitgliederbasis (insbesondere in den ländlich-katholischen Gebieten Südmährens) verfügenden Christdemokraten sowie die im großstädtisch-intellektuellen und unternehmerischen Milieu populäre Freiheitsunion.

Von frustrierten ODS- und ČSSD-Anhängern erhielt die Viererkoalition zunächst erheblichen Zulauf, verlor aber Anfang 2001 aufgrund innerer Querelen an Popularität. In diesem Zusammenhang wurden auch Differenzen inhaltlicher Art sichtbar, was eingedenk der unterschiedlichen ideologischen Beheimatung der 4K-Signature wenig verwundert. Unterschiede bestehen vor allem im Bereich Wirtschafts- und Sozialpolitik, wo die Christdemokraten, die sich als Partei der Mitte betrachten, sich für ein stärkeres staatliches Engagement im Wirtschaftsgeschehen und eine Aufrechterhaltung wohlfahrtsstaatlicher Regelungen einsetzen, während die wirtschaftspolitisch liberale US (und die ODA) für eine freie Marktwirtschaft und schnelle wirtschaftliche Reformen eintreten. Dementsprechend kommt für die KDU-ČSL (v.a. für ihren im Juni 2001 neugewählten Vorsitzenden Cyril Svoboda) auch die ČSSD als Koalitionspartnerin in Betracht, während die US – die von der ODS insbesondere die Person Klaus trennt – und ebenso die beiden kleinen Bündnispartner eine solche Zusammenarbeit nur schwer akzeptieren können.

Weniger Zündstoff bietet demgegenüber die Europapolitik. Die Viererkoalition grenzt sich programmatisch nicht zuletzt durch ein klares Ja zur europäischen Einigung von den Mäandern des Klaussschen Eurorealismus ab. Auf lange Sicht avisiert sie die aktive Teilnahme des Landes an den zentralen Integrationsprojekten der Union: »Mittelfristig werden wir uns daher um die Anbindung an das Zentrum des europäischen Integrationsprozesses einschließlich eines schnellstmöglichen Beitritts zur »Eurozone« bemühen.«<sup>103</sup>

Kritik wird aber nicht nur an der europapolitischen Verweigerungshaltung der ODS geübt, sondern auch an der ČSSD. Dieser wird ein Sympathisieren mit sozialistischen Europakzepten vorgeworfen. In dem die Handschrift von US und ODA tragenden Bericht

<sup>100</sup> Am Rande des Kongresses der Europäischen Sozialistischen Partei in Berlin im Mai 2001 wurden folglich sowohl mit französischen als auch mit deutschen Vertretern die Intensivierung der bilateralen Kontakte und die Diskussion über europapolitische Fragen vereinbart; Zpráva předsedy ČSSD o jednání 5. kongresu PES v Berlíně [Bericht des ČSSD-Vorsitzenden über den 5. ESP-Kongreß in Berlin], 7./8.5.2001.

<sup>101</sup> Lubomír Zaorálek, Irsko náš vzor? [Irland als Vorbild?], in: Právo, 18.6.2001.

<sup>102</sup> Vgl. Mareš, České politické strany a evropská integrace [Fn. 10].

<sup>103</sup> Společná odpovědnost, evropská budoucnost [Gemeinsame Verantwortung, Europäische Zukunft], 7.6.2001, [www.4koalice.cz/art.asp?id=430](http://www.4koalice.cz/art.asp?id=430).

über die Tätigkeit der Regierung bei der Vorbereitung auf die EU heißt es: »Die Politiker der ČSSD, angeführt vom Premierminister, präsentieren die EU gerne als »sozialdemokratisches Paradies« und bringen ihr absolutes Unverständnis hinsichtlich des liberalen Kerns des europäischen Integrationsprozesses, [also] des einheitlichen Marktes mit hohem Konkurrenzdruck, zum Ausdruck.«<sup>104</sup>

Detailliertere Aussagen zu den europapolitischen Zukunftsbildern der 4K finden sich in dem von der Allianz verfaßten »Bericht über den Stand der Vorbereitungen der Tschechischen Republik auf den Beitritt zur Europäischen Union«, in dem man sich zu den »Ideen der christdemokratischen und liberalen »Gründerväter« der europäischen Integration bekennt und für eine »weitere Vertiefung der Integration sowie für eine ganzheitliche Politisierung und Demokratisierung des gesamten Prozesses« einsetzt.<sup>105</sup>

»Allgemein bekennen wir uns zum Gedanken des europäischen Föderalismus, der für uns der langfristige Horizont der weiteren Entwicklung des europäischen Integrationsprozesses ist. Nur ein Modell ..., das auf dem Schema des traditionellen Föderalismus und auf der konsequenten Anwendung des Subsidiaritätsprinzips basiert, ist die sichere Garantie einer wirklichen Demokratisierung europäischer Institutionen unter Aufrechterhaltung ihrer maximalen Effektivität. Selbstverständlich lassen wir dabei nicht die Liquidierung der Nationalstaaten zu, es geht lediglich um ihre Ergänzung und die Überwindung ihrer Schranken (přesažení). Unser Ideal ist eine auf internationaler Ebene starke und respektierte EU, [die] nicht nur als wirtschaftliche, sondern auch als politische Macht [agiert]. Wir sind deswegen für eine Stärkung der kommunitären Dimension der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Wir lehnen aber den Aufbau eines gegen die USA oder eine andere Region der Welt gerichteten Europas ab: Das transatlantische Bündnis ist für uns das grundlegende Element weltweiter Stabilität. ... Die Tschechische Republik kann und sollte in der EU eine initiativ Rolle spielen: Sie sollte ein Staat sein, der sich um die Rolle als ein »Motor der Integration« bemüht. Diese

**104** Zpráva o činnosti vlády ve věci příprav České republiky na přistoupení k Evropské unii v roce 2000 [Bericht über die Aktivitäten der Regierung 2001 zur Vorbereitung auf den EU-Beitritt], [www.4koalice.cz](http://www.4koalice.cz).

**105** Zpráva o stavu příprav České republiky na přistoupení k Evropské unii 1999 [Bericht über den Stand der Vorbereitungen der Tschechischen Republik auf den EU-Beitritt], [www.unie.cz/politikaus\\_top/dokumenty/eu1999\\_21.html](http://www.unie.cz/politikaus_top/dokumenty/eu1999_21.html).

»eurooptimistische« Haltung kann, wenn sie in eine wirklich langfristige Vision und Strategie umgewandelt wird, der Tschechischen Republik in der EU eine bedeutendere Stellung sichern als die, welche ihr bei einem bloß arithmetischen Vergleich von Einwohnerzahlen, Quadratkilometern und Bruttoinlandsprodukt zukäme.«<sup>106</sup>

In groben Zügen ist damit der langfristige europapolitische Rahmen der 4K-Signature abgesteckt. Spezifische Akzente von den Mitgliedsgruppierungen haben vorwiegend ergänzenden Charakter und stehen in keinem Konkurrenzverhältnis zueinander. Werfen wir einen Blick auf die Vorstellungen der beiden tonangebenden Komponenten in der Viererkoalition.<sup>107</sup>

### KDU-ČSL

Ähnlich wie im Fall der Sozialdemokraten spielt bei der Festlegung der europapolitischen Positionen der christdemokratischen KDU-ČSL ihr weltanschauliches Fundament eine wichtige Rolle. Als christdemokratische Gruppierung teilt die KDU-ČSL die Essentialia des Werte- und Zielkanons ihrer europäischen Schwesterparteien, mit denen sie vor allem im Rahmen der EVP sowie durch mannigfache bilaterale Kontakte verbunden ist.<sup>108</sup> Dem angelsächsisch geprägten Neokonservatismus und laizistischen Liberalkonservatismus der ODS hält die Volkspartei das Modell eines »mitteleuropäischen Konservatismus« auf der Basis einer »sozialen Marktwirtschaft« entgegen.<sup>109</sup>

Die Europäische Union ist für die tschechischen Christdemokraten vornehmlich eine »Gemeinschaft,

**106** Ebd.

**107** Während in der DEU außer einem generellen Ja zur EU-Mitgliedschaft wenig über die europäische Integration zu hören ist, sind in der ODA euro-föderalistische Tendenzen stark vertreten. Daniel Kroupa, bis Juni 2001 Partei-Vorsitzender, sprach sich für die Annahme einer europäischen Verfassung aus, in der eine föderal verfaßte EU mit einem Zweikammerparlament vorgesehen wäre; »Jsem přesvědčeným federalistou« [Ich bin ein überzeugter Föderalist]. Interview mit Daniel Kroupa, Vorsitzender der ODA, in: *Integrace*, (2000) 3.

**108** Die KDU-ČSL, so betonte ihr jetziger Vorsitzender Cyril Svoboda am Rande des Berliner EVP-Kongresses Anfang 2001, will »integraler Bestandteil der europäischen christdemokratischen Geistesströmung werden«; »Je dobře, že tu politici mluví o hodnotách.« [Es ist gut, daß die Politiker hier über Werte reden], ebd., (2001) 4.

**109** Křesťanskodemokratická politika pro 21. Století [Christlich-demokratische Politik für das 21. Jahrhundert], [www.kdu.cz/KDUDNES/default.htm](http://www.kdu.cz/KDUDNES/default.htm).



die auf uns nahestehende Werte und Traditionen baut.«<sup>110</sup> Die von der KDU-ČSL betonten »Werte der Freiheit, der Demokratie, der Respektierung der Menschenwürde und der Solidarität« lassen sich für die Partei durch Mitgliedschaft in der Union konkret ausgestalten: »Nach dem Ende der Ära des Kommunismus sprachen sich die Staaten Mittel- und Osteuropas spontan für die Idee der europäischen Einigung aus, weil sie gerade darin die Realisierung der Werte erblickten, zu denen sie sich wieder bekennen wollten und zu denen sie sich immer – außer der vierzigjährigen kommunistischen Ära – bekannt hatten.«<sup>111</sup>

Mit einem solchen proeuropäischen Bias fiel es der Partei immer leicht, sich mit Konzepten einer weitergehenden Integration der europäischen Strukturen anzufreunden und früher als die meisten anderen politischen Akteure in der Tschechischen Republik die Idee einer föderalen Organisation Europas aufzugreifen. Bereits in ihrem außenpolitischen Grundsatzdokument aus dem Jahre 1997 machen sich die Christdemokraten für eine Aufwertung »des Elements des Föderalismus« stark, nicht ohne zu betonen, daß es hierbei die »kulturellen Besonderheiten einzelner Nationen« zu berücksichtigen gelte und der Schaffung eines »europäischen Zentralismus« durch die »konsequente Realisierung des Subsidiaritätsprinzips« entgegengewirkt werden müsse.«<sup>112</sup> Als wirksames Mittel gegen zentralistische Tendenzen wird die Stärkung regionaler Selbstverwaltung angesehen, weswegen auch ein »Europa der Regionen« durchaus als positiv gewertet wird.<sup>113</sup>

Frühzeitig machte man sich auch Gedanken über die künftige Gestalt der EU bzw. die Rolle der Tschechischen Republik in dieser. So ist die KDU-ČSL eindeutig für eine Teilnahme des Landes »an allen Projekten der EU, bei denen sich der europäische Integrationsprozeß mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten vollzieht«. Dies gelte insbesondere für die Wirtschafts- und Währungsunion, das Protokoll über die Sozialpolitik, das Schengen-Abkommen und die GASP. »Es wäre im Widerspruch zu unserer geographischen Lage, unserer

Geschichte und unseren Traditionen, wenn wir uns mit einem Platz in einem eventuellen »äußeren Ring« begnügen würden. Unser Ziel ist es, ein gemeinsames Europa mitzugestalten, nicht passiv zuzusehen.«<sup>114</sup>

Um für eine weitere Vertiefung der europäischen Integration den Weg frei zu machen, schließt man sich dem Plädoyer für eine effektivere Ausformung der Entscheidungsprozesse an. Im einzelnen ist die Partei für:

- ▶ die Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen;
- ▶ eine Aufwertung von »Elementen eines Föderalismus, der die kulturellen Besonderheiten der einzelnen Nationen sensibel beachtet und die Herausbildung eines europäischen Zentralismus verhindert«;
- ▶ eine deutliche vertikale Kompetenzabgrenzung entsprechend dem Subsidiaritätsgrundsatz;
- ▶ eine Stärkung des Europäischen Parlaments und
- ▶ die Ausarbeitung einer europäischen Verfassung.

Besonders nachdrücklich wird für die Beibehaltung der »Rechte kleiner und mittlerer Staaten« votiert. »Die europäische Integration und Erwägungen über ein »Direktorium der großen Mitgliedstaaten« sind Konzepte, die unvereinbar sind.«<sup>115</sup>

Positiv äußern sich die tschechischen Christdemokraten zur ESVP, die gesehen wird als »Vertiefung der Qualität der europäischen Integration und wichtiger Schritt zur Realisierung eines geeinten Europas, das fähig ist, eine wichtige Rolle im globalen Maßstab zu spielen.«<sup>116</sup> Allerdings dürfe die ESVP nicht als Konkurrenzunternehmen zur NATO konstruiert werden. Vielmehr gehe es darum, die transatlantischen und die europäischen Interessen der Tschechischen Republik miteinander zu harmonisieren.<sup>117</sup>

## US

Weniger profilierte europapolitische Zielvorstellungen lieferte lange Zeit die US, die sich einerseits in den Maximen der Viererkoalition adäquat wiederzufinden schienen und sich andererseits mit dem Ruf *der* europa-

**110** Zahraniční politika KDU-ČSL. 1. Česká republika a její místo v Evropě [Die Außenpolitik der KDU-ČSL. 1. Die Tschechische Republik und ihre Position in Europa], [www.kdu.cz/KDUDNES/default.htm](http://www.kdu.cz/KDUDNES/default.htm).

**111** Vgl. Křesťanskodemokratická politika pro 21. Století [Fn. 109].

**112** Zahraniční politika KDU-ČSL [Fn. 110].

**113** Vgl. Jan Kasal, O smyslu sjednocování Evropy [Über den Sinn der Vereinigung Europas], in: Deníky Bohemia, 16.10.2000. [www.kdu.cz](http://www.kdu.cz).

**114** Zahraniční politika KDU-ČSL [Fn. 110].

**115** Ebd.

**116** So der christdemokratische Sicherheitspolitiker und Ex-Verteidigungsminister Vilém Holáň, Při řešení evropských problémů bychom se neměli spoléhat na Severoatlantickou alianci [Bei der Lösung europäischer Probleme sollten wir uns nicht auf die Nordatlantische Allianz verlassen], in: Integrace, (2001) 8.

**117** Vilém Holáň, ODS hlásá euronihilismus [Die ODS verkündet Euronihilismus], in: HN, 3.7.2001.

freundlichen Partei im Lande schlechthin begnüge.<sup>118</sup> Dieses Image ist sicherlich mit auf den Umstand zurückzuführen, daß die US sich gerade durch die Europa-Thematik von ihrer »Mutterpartei«, der ODS, abgrenzen kann, zu der sie sonst eine Vielzahl von inhaltlichen Überschneidungen aufweist. Nach außen hin hat die US ihr proeuropäisches Profil nicht zuletzt durch Orientierung auf und später Anbindung an die Europäische Volkspartei zum Ausdruck gebracht.

Anders als in der ODS nimmt man in der US die Europäische Union nicht als bürokratisch-sozialistisches Mammut wahr, sondern als Instrument zur Öffnung von Wirtschaft und Gesellschaft und als Voraussetzung für mehr wirtschaftliche, geistige und kulturelle Freiheit. Die Mitgliedschaft in der EU beraube das Land nicht seiner Selbständigkeit, sondern gebe ihm zusätzliche Gestaltungsmöglichkeiten. Denn – so Ex-Parteichef Karel Kühnl – »in der Europäischen Union haben kleinere Länder weit mehr Einfluß auf das Schicksal Europas als je zuvor in der Geschichte«.<sup>119</sup>

Im Gegensatz zur ODS plädiert die US auch für ein uneingeschränktes Engagement der Tschechischen Republik bei der Etablierung der gemeinsamen europäischen Verteidigungsdimension, sobald das Land die Vollmitgliedschaft in der Union erlangt hat. »Die grundlegende Voraussetzung hierfür ist natürlich die Aufrechterhaltung der transatlantischen Bande«, meint Michal Lobkowicz, ehemaliger Verteidigungspolitiker und einer der sicherheitspolitischen Wortführer in der US. Ein Konkurrenzverhältnis zwischen EU und NATO bestehe nicht: »Der Wille, die NATO aufrechtzuerhalten, erfordert keinen Verzicht auf den Aufbau einer europäischen Verteidigung. Wird sie im Geist der transatlantischen Zusammenarbeit aufgebaut, die schon eine mehr als fünfzigjährige Tradition besitzt und die Westeuropa eine nie dagewesene Stabilität und Prosperität gebracht hat, wird sie zur Stärkung der NATO führen.«<sup>120</sup>

Bei allem Europaoptimismus vergißt man aber auch in den Reihen der US nicht, auf die Interessen

der Tschechischen Republik in ihrer künftigen Eigenschaft als kleines EU-Mitglied hinzuweisen. So müsse darauf geachtet werden, daß in der Union der Grundsatz der »demokratischen Mehrheit« von 51% keine Anwendung finde. »Das System qualifizierter Mehrheitsentscheidungen in Fragen des gemeinsamen Marktes und des Konsenses bei den übrigen Fragen erhält vor allem die Rechte der kleinen Länder und verhindert das Diktat der großen Länder.«<sup>121</sup>

Im Oktober 2001 präsentierte die US erstmals ein differenziertes programmatisches Dokument zur Europapolitik mit dem Titel »Die europäische Vision der Freiheitsunion – Mit der Union in die Union«.<sup>122</sup> Darin finden sich auch Überlegungen zur Zukunft der Europäischen Union. Die US konstatiert hierbei unter anderem eine »implizite Föderalisierung« der EU, auf die mit der Einführung von mehr Elementen einer »klassischen demokratischen Föderation« geantwortet werden müsse, wo »eine übernationale politische Repräsentation auf europäischer Ebene Politik mit einem direkten Mandat der Wähler macht«. Um einem »demokratischen« und »effizienten« Europa näherzukommen, plädiert die US für eine »eindeutige Bewegung nach vorne«, was als ersten Schritt die Verabschiedung einer europäischen Verfassung einschließen solle. Überdies setzt sich die Freiheitsunion dafür ein, die Kompetenzen des Europäischen Parlaments zu stärken und die Kommission »direkt verantwortlich« gegenüber dem Parlament zu machen. Dieses soll unter bestimmten Bedingungen aufgelöst werden dürfen und nach einem in allen Mitgliedsländern einheitlichen Wahlsystem ermittelt werden.

Insgesamt läßt sich behaupten: Der gemeinsame europastrategische Nenner der Viererkoalition wird durch die spezifischen ideologischen Referenzsysteme der Mitgliedsparteien keineswegs in Frage gestellt. Weniger im Eintreten für ein – ohnehin wenig spezifiziertes – föderales Europa als vielmehr bei Fragen der inhaltlichen Ausgestaltung des Wirtschafts- und Sozialsystems sind gewisse Schattierungen festzustellen – vornehmlich zwischen der zentristisch-wohlfahrtsstaatlichen Volkspartei und wirtschaftsliberalen Strömungen in Teilen der US und der ODA. Grundsätzlich kann man sich der Einschätzung eines tschechischen Beobachters anschließen: »Zur Zeit ist die Situation noch nicht in einem Stadium, daß sich auf

**118** Vgl. Jiří Banot, *Unie svobody a evropská integrace* [Die Freiheitsunion und die europäische Integration], in: *Integrace*, (2000) 5.

**119** So Karel Kühnl, allerdings bereits in seiner Eigenschaft als Frontmann der Viererkoalition, *Nebýt v EU: O nás bez nás* [Das Nicht-Sein in der EU: Über uns ohne uns], in: *MfD*, 9.5.2001.

**120** Michal Lobkowicz, *Společná evropská obrana povede k posílení NATO* [Die gemeinsame europäische Verteidigung wird zu einer Stärkung der Nato führen], in: *Integrace*, (2001) 8.

**121** Kühnl, *Nebýt v EU: O nás bez nás* [Fn. 119].

**122** *Evropská vize Unie svobody – »S Unii do Unie«* [Die europäische Vision der Freiheitsunion – »Mit der Union in die Union«], [www.unie.cz](http://www.unie.cz).

dem Feld der Europapolitik Widersprüche zwischen den Subjekten der Viererkoalition manifestieren könnten.«<sup>123</sup> Eine der wenigen Gelegenheiten, bei der Haarrisse sichtbar wurden, war das nur unzulänglich mit den Partnern abgestimmte Treffen des damaligen KDU-ČSL-Chefs Kasal Anfang 2001 mit seinem christdemokratischen Parteifreund Schüssel in Wien.<sup>124</sup>

## Václav Havel – Werte, Werte, Werte

Den integrationsfreundlichen Positionen der Viererkoalition stehen zweifelsohne die europapolitischen Entwürfe Václav Havels am nächsten. Der nachdenkliche Arbiter der Zustände im Lande hat nie ein Hehl aus seinen Sorgen über die Neigung seiner Landsleute gemacht, sich in einem provinziellen »Tschechentum« einzugeln und sich dadurch vom gesellschaftlich-politischen Hauptstrom in Europa abzukoppeln. Natürlich: Einer der führenden Verfechter einer »Rückkehr nach Europa« und einer der prominentesten Vorkämpfer für eine »offene und zivile Gesellschaft« hat kaum eine andere Wahl, als sich gegen sämtliche Spielarten nationalpartikularistischer Alleingänge zu wenden – und sich damit in Frontstellung zu den Exponenten euroskeptischer Politik zu bringen.

Was ist das Substrat des Havelschen Europabildes? Die vielleicht zentrale Kategorie seines Politikverständnisses ist die des »Moralischen«. Der Rekurs auf normative Kriterien – von Havel-Kritikern als »moralischer Kitsch«<sup>125</sup> abqualifiziert – prägt auch Havels Zugang zu Europa. Der tschechische Präsident propagiert ein identitätsbewußtes »reflektiertes Europaertum«, das danach fragt, »welchen Komplex von Werten, Idealen oder Prinzipien der Begriff Europa evoziert bzw. [das] für Europa charakteristisch ist.«<sup>126</sup> Hierbei handele es sich im Kern um eine »kulturelle, geistige und zivilisatorische Festlegung«,<sup>127</sup> wobei das

wichtigste Reservoir, in dem Europa Richtlinien zur Konstituierung seiner moralischen Identität findet, in der Sphäre des Kulturellen zu sehen sei. »Dort liegen meiner Auffassung nach die Aufgaben unserer Zeit, die Aufgaben der kommenden Jahre. Die Politik sollte ihre Ideen aus diesem kulturellen Raum schöpfen, sollte sich durch die Welt des menschlichen Wissens inspirieren lassen. Dort muß das neue Ethos gesucht werden, mit dem unser Kontinent ins neue Jahrtausend eintritt.«<sup>128</sup>

Den von Havel ausgemachten Kanon »europäischer Werte« bilden Individualismus (»Respekt gegenüber dem einzigartigen menschlichen Wesen«), Achtung von individuellen Freiheiten, Rechten und Menschenwürde, Solidarität, Gleichheit vor dem Gesetz, Rechtsstaat, Minderheitenschutz, demokratische Institutionen, Gewaltenteilung, politischer Pluralismus, Achtung des Privateigentums und privaten Unternehmertums, Marktwirtschaft, Entfaltung der Zivilgesellschaft.<sup>129</sup>

Bei der Definition eines europäischen Ethos sieht das tschechische Staatsoberhaupt für die Länder, die einst hinter dem Eisernen Vorhang lagen, eine vorrangige Bestimmung und Verpflichtung, aber auch einen Aktivposten, den es bewußt zu offerieren gilt. Exemplarisch verweist Havel auf Arbeiten Adam Michniks, in denen er ein Thema als grundlegend ausmacht: »... nämlich das ethische: anständig sein, nicht anständig sein, warum anständig sein. Opfer bringen, warum sie erbringen. Dies sind Themen, die sich unter dem Druck der Erfahrungen mit dem totalitären System in den Vordergrund gedrängt haben. Mir scheint, daß wir dem Westen diese Aussage schulden, diese artikuliert und verallgemeinerte Erfahrung.«<sup>130</sup>

Nicht unerwähnt bleiben sollte auch die historische Dimension von Havels Europadiskurs – die Bezugnahme auf die »humanistischen und demokratischen Traditionen« der jüngsten tschechischen Geschichte, vornehmlich der ersten Tschechoslowakischen Republik in der Zwischenkriegszeit, und speziell auf die Ideen des »Staatsgründers« und ersten Präsidenten des Landes, Tomáš G. Masaryk, der sich Ende der 20er und

123 Mareš, České politické strany a evropská integrace [Fn. 10].

124 Kasalova návštěva Vídně rozdělila politiky [Kasals Besuch in Wien spaltet die Politiker], in: LN, 19.2.2001.

125 Václav Bělohradský, Antipolitika v Čechách (Příspěvek ke gramatice kýče) [Antipolitik in Tschechien (Beitrag zur Grammatik des Kitschs)], in: Petr Fiala/František Mikš (Hg.), Česká konzervativní a liberální politika [Fn. 20], S. 33–59.

126 Projev prezidenta republiky Václava Havla před poslanci Evropského parlamentu [Rede des Präsidenten Havel vor den Abgeordneten des Europäischen Parlaments], Straßburg, 16.2.2000.

127 Projev prezidenta republiky Václava Havla ve francouzském Senatu Paríž [Rede des Präsidenten Havel vor dem

französischen Senat in Paris], 3.3.1999.

128 Projev prezidenta republiky Václava Havla na konferenci »Europe – a Culture of Shared Causes« Berlin, zámek Bellevue, 25. února 1999 [Rede des Präsidenten bei der Konferenz »Europe – a Culture of Shared Causes«, Berlin, Schloß Bellevue, 25.2.1999].

129 Projev prezidenta republiky Václava Havla před poslanci Evropského parlamentu [Fn. 126].

130 Ebd.

Anfang der 30er Jahre sogar für die Schaffung eines »föderalen Systems Europas« und für eine Idee der »Vereinigten Staaten Europas« aussprach.<sup>131</sup>

Vor diesem Hintergrund sind Václav Havels europapolitische Akzentsetzungen der vergangenen Jahre nur konsequent. Sie kommen einem offenen Plädoyer für eine forcierte Vertiefung der europäischen Integration gleich. In seiner Rede vor dem französischen Senat am 16. März 1999 faßte Havel die Quintessenz seiner europapolitischen Ideen zusammen: »Insgesamt ... würde ich eher den Weg einer langsamen und immer tieferen Parlamentarisierung und Föderalisierung als den Weg zwischenstaatlicher Verträge und vertraglich entstehender Institutionen und Apparate empfehlen.«<sup>132</sup> Mit der offensichtlichen Intention, die vertiefungsorientierte Zielsetzung nicht durch den innenpolitisch aufgeladenen Begriff »Föderalismus« zu gefährden, betont der tschechische Präsident daher an anderer Stelle, man brauche sich nicht an bestimmte Termini wie Föderalismus, Konföderation oder Union zu heften, sondern verwende – da es sich bei der künftigen EU ohnehin um ein Novum handle – besser die Bezeichnung »Staatenbund (soustátí)«.<sup>133</sup>

Um diesen Zielen näherzukommen, votiert Havel einerseits für die Annahme einer »kurzen, übersichtlichen und allgemeinverständlichen Verfassung« der EU. Diese würde in einem ersten Abschnitt die »Grundrechte und -pflichten der europäischen Bürger und Staaten, die grundlegenden Werte, auf denen Europa steht, sowie Sinn und Ziel ihrer [der europäischen] Integration« beinhalten.<sup>134</sup> Ein zweiter Teil würde den institutionellen Aufbau der Union regeln. Für Havel signalisiert eine europäische Verfassung nicht die Entstehung eines »großen föderalen Überstaats«, sondern vielmehr ein Vehikel zu mehr Transparenz und zur besseren bürgerschaftlichen Identifizierung.<sup>135</sup>

In puncto Institutionengefüge unterbreitet Havel den Vorschlag, eine zweite Kammer des Europaparlaments einzurichten, in die – im Gegensatz zu der direkt gewählten und die Bevölkerungszahlen proportional berücksichtigenden ersten Kammer – jeder Mitgliedstaat, unabhängig von seiner Größe, eine gewisse Anzahl von Vertretern entsenden würde, welche von den nationalen Parlamenten gewählt wären. Die Zusammensetzung der Kommission müßte daher nicht nach nationalen, sondern ausschließlich nach fachlichen Gesichtspunkten erfolgen, Fürsprecher der nationalen Interessen wären der Europäische Rat und die zweite Parlamentskammer.<sup>136</sup>

Alles in allem: Ein nach Havels Gusto strukturiertes Europa ist weder wertneutral noch apolitisch. Es ist im Optimalfall Bestandteil eines vielschichtigen und mehrdimensionalen Gerüsts einer solidarischen und partizipativen Bürgerdemokratie, die auf den Strukturprinzipien Offenheit und Dezentralisierung sowie den Handlungsimperativen Solidarität und Verantwortung ruht. Damit diese Grundsätze nach innen wie nach außen projiziert werden können, muß sich Europa seiner Wertebasis bewußt werden und muß eine durch Steigerung ihrer Handlungsfähigkeit verbesserte Problemlösungskapazität erlangen. Furcht vor einem damit verbundenen erzwungenen Verlust der nationalen Identität gibt es für Havel nicht, da »wir uns um unsere Identität nur selbst bringen können«.<sup>137</sup> Die als unabdingbar erachtete Herausbildung »gemeinsamer supranationaler Institutionen, die exekutive und legislative Kompetenzen übernehmen,«<sup>138</sup> sollte aber durch die Stärkung eines »authentischen staatsbürgerlichen Fundaments«<sup>139</sup> ausgeglichen werden.

Havel konnte aber bisher mit seinem betonten europapolitischen Engagement im innertschechischen Diskurs nur in begrenztem Maße Akzente setzen. Im Gegensatz insbesondere zu den Äußerungen Klaus' ist Havels Adressatenkreis in erster Linie die europäische, weniger die tschechische Öffentlichkeit. Überdies kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß Havel, der sich als überparteilich und »gemeinwohl-orientierter« Staatspräsident versteht, sich vor einer allzu innigen Beziehung zu den ihm zumindest de facto nahestehenden politischen Gruppierungen,

<sup>131</sup> Vgl. Václav Libánský, *Evropská vize Václava Havla v dvojím kontextu* [Die europäische Vision Havels im zweifachen Kontext], in: *Integrace*, (2000) 3.

<sup>132</sup> Projev prezidenta republiky Václava Havla ve francouzském Senatu [Fn. 127].

<sup>133</sup> Václav Havel, *Identitu nám nikdo zvenčí nemůže vzít* [Die Identität kann uns niemand von außerhalb nehmen], in: *MfD*, 24.3.2001.

<sup>134</sup> In der Rede vor dem Senat legte sich Havel weniger auf den genauen Status eines die Grundrechte betreffenden Dokuments fest. Er sprach sowohl von einer Gemeinsamen Grundlegenden Erklärung und einer Charta außerhalb einer Verfassung als auch von einer Präambel als Teil der Verfassung; Projev prezidenta republiky Václava Havla před poslanci Evropského parlamentu [Fn. 126].

<sup>135</sup> Ebd.

<sup>136</sup> Diese Vorschläge finden sich sowohl in der Straßburger als auch in der Pariser Rede.

<sup>137</sup> Havel, *Identitu nám nikdo zvenčí nemůže vzít* [Fn. 133].

<sup>138</sup> Ebd.

<sup>139</sup> Projev prezidenta republiky Václava Havla před poslanci Evropského parlamentu [Fn. 126].

vornehmlich also der Viererkoalition, scheut. Gerade durch diese und mit ihr könnte er aber seine Botschaft effizient »nach innen« weiterleiten.

## Die KSČM – für ein »sozialistisches Europa«

Die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (KSČM) bildet den linken Rand des tschechischen Parteienspektrums. Die Nachfolgeorganisation der über vier Jahrzehnte lang herrschenden KSČ schlug nach 1989 nicht den Weg der reformorientierten KP-Epigon Polens oder Ungarns ein, sondern definiert sich als »neokommunistische« Partei. Ihr programmatisches Fundament bildet eine Melange aus Antikapitalismus, Marxismus, Antiimperialismus und sozialistischem Internationalismus.<sup>140</sup>

Die kommunistische Sicht des internationalen Geschehens, ist tief verwurzelt in den Denkschemata der bipolaren Weltordnung. Großes Mißtrauen wird den politischen, wirtschaftlichen und insbesondere militärischen Strukturen des »Westens« entgegengebracht. Die KSČM wandte sich daher seit Beginn ihres Bestehens gegen die Weiterexistenz der NATO und strikt gegen die NATO-Mitgliedschaft der Tschechischen Republik. Der Nordatlantiktakt wird als »Instrument enger Großmachtinteressen«<sup>141</sup> und »aggressiver Machtblock«<sup>142</sup> betrachtet. Offizielles Ziel der Partei ist deshalb ein Austritt der Tschechischen Republik aus der NATO.<sup>143</sup> Nicht zu übersehen sind in der Partei auch russophile und slawophile Tendenzen, an der offiziellen tschechischen Außenpolitik wird das Fehlen einer »Politik der Zusammenarbeit mit den slawischen Völkern« kritisiert.<sup>144</sup>

<sup>140</sup> Vgl. K. Lang, Die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens auf dem Weg zur Macht?, in: Politische Studien (2000) 3/4, S. 90–108. Zu Genese und Struktur des tschechischen Kommunismus ausführlich: Petr Fiala/Jan Holzer/Miroslav Mareš/Pavel Pšejja, Komunismus v České republice [Kommunismus in der Tschechischen Republik], Brunn 1999.

<sup>141</sup> Za občanskou a sociální spravedlnost [Für staatsbürgerliche und soziale Gerechtigkeit], Prag 1996, S. 11.

<sup>142</sup> Program obnovy [Erneuerungsprogramm], [www.kscm.cz/show.php?leve\\_menu/kdo\\_jsme/probnov.htm](http://www.kscm.cz/show.php?leve_menu/kdo_jsme/probnov.htm).

<sup>143</sup> Allerdings wurde von einigen KSČM-Politikern erklärt, daß man bei einer eventuellen Regierungsbeteiligung durchaus flexibel handeln und sich – etwa nach dem Vorbild der französischen oder italienischen Kommunisten – mit der NATO-Mitgliedschaft arrangieren könnte.

<sup>144</sup> Češi a slovanství. Společnost, ekonomie, politika [Tschechen und Slawentum. Gesellschaft, Wirtschaft, Politik], Beilage zu Haló noviny, 16.6.1997.

Argwohn weckt bei den tschechischen Kommunisten auch die Politik des Nachbarn Deutschland. Das Ende des bipolaren Weltsystems und die in seinem Gefolge möglich gewordene deutsche Vereinigung signalisieren für die KSČM die Wiederauflage des alten deutschen Großmachtstrebens. Die Politik der 90er Jahre und schließlich die Unterzeichnung der Deutsch-Tschechischen Erklärung im Januar 1997 betrachtete die Partei als große Fehler. Die damals regierende Rechte habe aufgrund ihrer »servilen« Haltung gegenüber Bonn und als »Fünfte Kolonne« der deutschen Politik den »revanchistischen Forderungen« der sudetendeutschen Landsmannschaft nachgegeben und somit die »Tür zu einer allmählichen [Etablierung der] Fremdherrschaft und zur Umwandlung in ein neues Protektorat geöffnet«.<sup>145</sup>

Während die KSČM, was die NATO, Deutschland oder Amerika anbelangt, klare Standpunkte vertritt, ist ihre Haltung gegenüber der europäischen Integration und der EU ambivalent. Grundsätzlich wird eine Reihe prinzipieller Vorbehalte gegenüber dem bisherigen Verlauf des europäischen Integrationsgeschehens angemeldet. So wird befürchtet, deren gegenwärtige Entwicklung zielen auf die Entstehung eines »Kontinents der Großmächte und des transnationalen Kapitals«.<sup>146</sup>

Große Defizite sehen die Kommunisten daher im Bereich der Sozialpolitik. »Der bisherige Verlauf der europäischen Integration führt zu einer Anhäufung sozialer Spannungen zwischen den Mächtigen einerseits und den Interessen breiter Bevölkerungsschichten andererseits. Der Preis für den Kampf gegen die Inflation sind vor allem eine hohe Arbeitslosigkeit und der Abbau sozialer Sicherheiten, die Aufweichung ökologischer Normen und die Einführung von Maßnahmen, die noch vor kurzem undenkbar waren, zum Beispiel Nachtarbeit für Frauen. Die sozialen Sicherheiten, die sich die Arbeitenden in den einzelnen Ländern erstritten haben, werden unter dem Vorwand einer einheitlichen Sozialpolitik und entsprechender Rechtsnormen den frontalen Attacken der Brüsseler Bürokratie ausgesetzt sein.«<sup>147</sup>

Besondere Sorgen bereitet der KSČM die Rolle Deutschlands in der EU. Spätestens durch die Installation »des sog. Maastricht-Modells« werde in Europa ein »Konzept der Vorherrschaft der Starken über die Schwachen, der Macht des Groß-, insbesondere

<sup>145</sup> Politická deklarace IV. sjezdu KSČM [Politische Erklärung des VI. Parteitag der KSČM], in: IV. sjezd KSČM [VI. Parteitag der KSČM], S. 103.

<sup>146</sup> Za občanskou a sociální spravedlnost [Fn. 141], S. 10.

<sup>147</sup> Ebd.

Finanzkapitals gegenüber den Interessen der Nationen, der Unterdrückung sozialer Rechte und nationaler Spezifika« verwirklicht. »Dies ist ein Konzept der ökonomischen und politischen Vorherrschaft Deutschlands, dem in Europa mit dem Segen der USA eine vorrangige Aufgabe zugewiesen ist.«<sup>148</sup>

So gibt es für die KSČM denn auch eine lange Liste von Sicherheitsrisiken, die für den tschechischen Staat, seine Wirtschaft und Gesellschaft aus einer künftigen EU-Mitgliedschaft folgen. In einem kommunistischen Grundsatzdokument zur Sicherheitspolitik wird etwa vor einer »vollständigen politischen und wirtschaftlichen Unterordnung unter ausländisches Kapital« gewarnt. »Bestandteil dieser Politik ist die schnelle Umorientierung und die darauffolgende ständig wachsende einseitige Abhängigkeit der tschechischen Wirtschaft von den entwickelten kapitalistischen Staaten, insbesondere von der EU.«<sup>149</sup> Andere gefährliche Entwicklungen, die aus der EU- (und NATO-Mitgliedschaft) folgen, seien »Versuche der Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Tschechischen Republik seitens verschiedener ›konsultativer‹, ›informativer‹, ›humanitärer‹ oder ›mitwirkender‹ Organisationen im Ausland und auf dem Gebiet der TschR, welche insbesondere die Souveränität des Staates, die territoriale Integrität, Wirtschaft und Kultur bedrohen«. Durch die Beschlüsse von Helsinki im Bereich der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik erhöhe sich das Risiko, in Auslandseinsätze verwickelt zu werden, die die Sicherheit des Landes bedrohen und die Anforderungen an das Verteidigungsbudget steigen lassen.<sup>150</sup>

Aus alledem resultiert für die KSČM aber keineswegs ein unumstößliches Nein zur tschechischen Mitgliedschaft in der Europäischen Union, sondern eher ein an die Erfüllung bestimmter Voraussetzungen gebundenes Ja. »Die EU in der gegenwärtigen Gestalt lehnen wir ab. Wir fordern für die Mitgliedschaft in der EU ein Referendum, gleichberechtigte Beitrittsbedingungen und eine größere Rolle Europas im ökonomischen, politischen und verteidigungspolitischen Sinn.«<sup>151</sup>

**148** Pro demokratickou Evropu [Für ein demokratisches Europa]. Europapolitisches Programm der KSČM aus dem Jahr 1997. [www.kscm.cz/show.php?leve\\_menu/dokumenty/manifest.htm](http://www.kscm.cz/show.php?leve_menu/dokumenty/manifest.htm).

**149** K bezpečnostní politice ČR [Über die Sicherheitspolitik der ČR], [www.kscm.cz/show.php?leve\\_menu/aktuality/os/os\\_2001/bezp\\_politika\\_0701.htm](http://www.kscm.cz/show.php?leve_menu/aktuality/os/os_2001/bezp_politika_0701.htm).

**150** Ebd.

**151** Lepší cesta pro naši zemi [Der bessere Weg für unser

Insbesondere Vertreter des gemäßigten KSČM-Flügels sehen durchaus positive Entwicklungspotentiale in einer tschechischen EU-Mitgliedschaft. Der Chefideologe und Vorzeigeeintellektuelle der Partei, Miloslav Ransdorf, stellt fest: »Die Chancen auf eine neue Wirtschafts-, Sozial-, Ökologie- und Kulturpolitik sind heute in Europa besser als jemals seit den 60er Jahren. Aber dies gilt nur, wenn es uns gelingen wird, den Kurs der Integration zu ändern, wenn soziale Fragen, Demokratisierung und eine größere Transparenz der europäischen Strukturen zur Priorität Nummer eins werden.«<sup>152</sup>

Und auch das als grundsätzlich riskant eingeschätzte Projekt ESVP ist für die KSČM nicht uninteressant, ist man doch der Meinung, daß das ganze Vorhaben mit der »evidenten Absicht« initiiert werde, »die politische und militärische Abhängigkeit der EU von der Haltung der USA zu beseitigen«.<sup>153</sup> Ein Ziel also, das der KSČM mit ihrer »antiimperialistischen« Stoßrichtung nicht fremd ist.

Wenig spektakulär hören sich daher auch die langfristigen europapolitischen Visionen der tschechischen Kommunisten an. Dem »Europa des Kapitals« setzen sie ein auf Dezentralisierung und Demokratisierung basierendes »sozialistisches Europa« entgegen, in dem sozialen Menschen- und Grundrechten ein hoher Stellenwert zukommen soll. Mit Blick auf den formalen Aufbau der EU wird eine »größere Ausgewogenheit« zwischen repräsentativen (Parlament), judikativen (Europäischer Gerichtshof) und exekutiven (Kommission, Rat) Institutionen angestrebt. »Es ist unabdingbar, daß man sich der realen Gefahr einer Machtkonzentration in den Händen der Europäischen Zentralbank entgegenstellt.«<sup>154</sup> Nationale Kompetenzen dürfen indes nicht an eine europäische Föderation überstellt werden. »Optimal wäre die gleichberechtigte Eingliederung der Tschechischen Republik in einen breiteren Bund europäischer Nationen. Dies ist eine Idee, die berechtigterweise in unserer Geschichte immer wieder auftauchte. Es reicht, wenn ich Jiří von

Land], Deklaration der KSČM, angenommen auf dem V. Parteitag, 4.–5.12.1999.

**152** Prosadit skutečnou sociální dimenzi evropského integračního projektu [Die soziale Dimension des europäischen Integrationsprojekts durchsetzen], in: Haló noviny, 26.6.2000, [www.halonoviny.cz/index.php?id=789](http://www.halonoviny.cz/index.php?id=789) Z vystoupení místopředsedy ÚV KSČM Miloslava Ransdorfa na 4. zasedání ÚV KSČM dne 24. června 2000 [Aus der Rede des Vizepräsidenten des ZK der KSČM, Ransdorf, am 24. Juni 2000].

**153** K bezpečnostní politice ČR [Fn. 149].

**154** Pro demokratickou Evropu [Fn. 148].

Poděbrady, Komenský oder Masaryk nenne«, so KSČM-Vize Ransdorf.<sup>155</sup>

Insgesamt scheint die zuletzt genannte, europapolitisch moderatere Strömung im Aufwind zu sein. Die KSČM, dies ist ihr erklärtes Ziel, will aus der Daueropposition heraus und die Politik in der Tschechischen Republik mitgestalten. Hierfür muß die Partei grundlegende Prioritäten ihres einzigen potentiellen Koalitionspartners, der Sozialdemokratie, anerkennen und kann sich daher der EU-Mitgliedschaft des Landes – die sie allein ohnehin nicht verhindern können wird – nicht fundamental verschließen. Insbesondere als die Partei Ende 1999 in den Umfragen Rekordwerte erreichte, setzte in der Parteiführung ein Pragmatisierungsschub ein.

Allerdings treffen solche Tendenzen zur Umorientierung teilweise auf heftigen Widerstand der Partebasis und der dogmatischen Linken. Exemplarisch ist die Kritik der Gruppe ZASE, einer mit der kommunistischen Jugendorganisation KSM lose verbundenen Initiative. Für diese ist die europäische Integration nicht mehr als »das Diktat des an Profitmaximierung interessierten Monopol- und Finanzkapitals«, die EU ein Zusammenschluß mit »imperialistischem Charakter« und »antisozialen« Zielen. Illusorisch sei es daher, auf die Zusammenarbeit einer zersplitterten und machtlosen europäischen Linken zu setzen.<sup>156</sup> Und auch auf den Kommandohöhen der KSČM sind nach wie vor ablehnende Stimmen zu hören. Václav Exner, stellvertretender Parteichef und Repräsentant einer traditionell kommunistischen Linie, geht davon aus, daß 70–80% der KSČM-Mitglieder gegen eine EU-Mitgliedschaft der Tschechischen Republik sind. »Ich denke, die Führung der Partei verhält sich diesbezüglich ähnlich wie die Mitgliederbasis.«<sup>157</sup>

Auch in der Europapolitik ist die Parteiführung daher zu einem Drahtseilakt gezwungen: Sie hat die taktische Öffnung zur gemäßigten Linken so zu vollziehen, daß die orthodox-kommunistischen Kräfte in und außerhalb der KSČM keinen übermäßigen Einfluß in Mitgliedschaft und Anhängerschaft erlangen.

155 Prosadit skutečnou sociální dimenzi evropského integračního projektu [Fn. 152].

156 Vgl. die Erklärungen auf der Seite der Initiative ZASE, [www.mujweb.cz/www/zase2000](http://www.mujweb.cz/www/zase2000).

157 Komunisté požadují závazné referendum [Die Kommunisten fordern ein verbindliches Referendum], in: Haló noviny, 20.7.2001.

## Die Integrations- und finalitätspolitische Konfiguration

In toto schiebt sich bei der Beobachtung der bislang in der Tschechischen Republik zutage getretenen europapolitisch-integrationsperspektivischen Positionsabgrenzungen vor allem die Existenz substantieller Diskrepanzen in den Vordergrund. Auf der einen Seite einer fiktiven europapolitischen Barrikade, dieser Eindruck drängt sich auf, steht die euroskeptische ODS, auf der anderen, der »europhilen« Seite stehen die Sozialdemokraten sowie die Parteien der Viererkoalition und ihr ideeller Schutzpatron Václav Havel. Will man diese Grundkonstellation in den Kategorien des europäischen Finalitätsdiskurses neu formulieren, so kann man sie mit den Generalattributen »eher intergouvernemental« und »stärker föderalistisch« belegen. Etwas abseits stehen in diesem Konflikt die Kommunisten, die aber ob grundlegender Ressentiments gegenüber dem gegenwärtigen Verlauf der europäischen Integration in dieser Frage objektiv der europakritischen Seite zugeordnet werden müssen. Diese Grobklassifizierung gibt in etwa das durch Tagespolitik konstituierte und in den Medien vermittelte Bild wieder und ist damit als im öffentlichen Diskurs relevante und strukturierungsmächtige Polarisierungsdimension von elementarer Bedeutung.

Um ein umfassenderes Bild der finalitätspolitischen Topographie zu erhalten, muß indes eine weitere Dimension des europapolitischen Diskurses berücksichtigt werden. Die einschlägigen Entwürfe und Denkvorstöße widmen sich explizit oder implizit auch der Frage nach dem gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Funktionsmodus Europas. Zieht man die Pole eines fiktiven Kontinuums dieser Problematik heran, so könnte man fragen: Wird ein Europa avisiert, dessen sozialökonomische Basisstrukturen durch politische Regulierung, öffentliche Intervention oder gar etatistisches Engagement gestaltet werden, oder ein Europa, in dem das freie Spiel der lediglich ordnungspolitisch kanalisierten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kräfte vorherrscht? In der Tschechischen Republik haben wir mit den beiden Linksparteien bedingungslose Befürworter eines an wirtschaftlicher Steuerung und sozialer Kohäsion orientierten europäischen Gesellschaftsmodells: Sowohl das von der KSČM propagierte »sozialistische Europa« als auch das Europa »sozialer Gerechtigkeit« der Sozialdemo-

kraten gehören hierher. Auch die Christdemokraten, eine Partei der Mitte mit starken Wurzeln in der katholischen Soziallehre, steuern ein Europa an, in dem neben dem Gedanken der Freiheit gleichberechtigt Ideale wie Menschenwürde und Solidarität stehen. Und letztlich ist auch die von Václav Havel propagierte europäische Wertepalette nicht gesellschaftspolitisch indifferent, sondern schließt ausdrücklich Prinzipien wie soziale Empathie, Verantwortlichkeit und Solidarität ein. Demgegenüber streben die diversen »Bürgerparteien« konservativ-liberaler Orientierung ein mehr oder minder radikal auszugestaltendes Europa der Freiheit an. Der Unterschied zwischen den vergemeinschaftungsorientierten Gruppierungen ODA und US einerseits und der ODS andererseits besteht nicht zuletzt in der Einschätzung der gegenwärtigen Situation und der wahrscheinlichen Entwicklungsrichtung. Für ODA und US wird generell das Niveau wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Freiheit in der EU höher sein als in der Tschechischen Republik, denn ein Beitritt des Landes zur Union wird zu einem Abbau bürokratischer Reglementierung führen. Für die ODS hingegen besteht die Gefahr, in ein Korsett irrationaler europäischer Regelwerke gepreßt zu werden. Eine Veränderung zum Positiven, also eine Aufwertung des Prinzips vornehmlich wirtschaftlicher Freiheit, wird als eher unwahrscheinlich angesehen.

Werden beide inhaltlichen Spektren zusammengefügt, ergibt sich die in Abb. 2 schematisch dargestellte Konfiguration. Hierbei ist zu unterstreichen, daß die Auseinandersetzung zwischen freiheitsorientierten Intergouvernementalisten und »sozial« oder sozialistisch orientierten Föderalisten zwar in der öffentlichen Wahrnehmung dominiert, aber tatsächlich mehrfach durchbrochen wird. Überdies fällt auf, daß die Viererkoalition sich über ein breites Feld innerhalb des »supranationalistischen« Lagers erstreckt.



**Abbildung 2**  
**Europapolitische Zielvorstellungen in der Tschechischen Republik**

		Integrationstiefe	
		»Supranationalismus«	»Intergouvernementalismus«
Politische Integrationsrichtung / Gesellschafts-/ Wirtschaftsmodell	Solidarisches/soziales/ sozialistisches Europa	<p><b>ČSSD</b></p> <p><b>KDU-ČSL</b></p> <p><b>Havel</b></p>	<b>KSČM</b>
	neutrales Europamodell/ Wirtschaftseuropa	<p><b>US</b></p> <p><b>ODA</b></p>	<b>ODS</b>

# Charakteristika der tschechischen Europadebatte

Auf einige Charakteristika der tschechischen Europadebatte sollte explizit hingewiesen werden: ihre Asymmetrie und ihre signifikante innenpolitische Komponente.

1. Der Tatbestand der Asymmetrie bezieht sich auf die europapolitische Profilierung der jeweiligen Akteure. Hier ist zu konstatieren, daß es vor allem die ODS ist, die eine offensive Thematisierung der »Europa-Frage« einschließlich ihrer perspektivischen Aspekte betreibt. Demgegenüber hinken die europapolitischen Stellungnahmen der anderen parteipolitischen Akteure meist hinterher, stellen lediglich reaktive Negativbestimmungen gegenüber den Vorstößen der ODS dar. Dabei geht es weniger um die Existenz oder Nichtexistenz umfassender konzeptioneller Entwürfe (diese sind auch bei der ODS mit Ausnahme des »nicht-offiziellen« eurorealistischen Manifests nicht vorhanden) oder konsistenter europapolitischer Plattformen (wie berichtet, gibt es zwischen Einzelaspekten der ODS- bzw. Klaussschen Positionen durchaus Widersprüche) als um unübersehbare Akzentsetzung, um frühzeitige Initiierung von Diskussionen, um die Lancierung von Themen. Aus dem eurooptimistischen Lager war bisher einzig Staatspräsident Havel in der Lage, durch die Formulierung europapolitischer Vorschläge und Ideen Akzente zu setzen. Diese richteten sich indes hauptsächlich an eine europäische Öffentlichkeit, und gleichzeitig vermochten Havels »natürliche Verbündete«, also die Parteien der Viererkoalition, es nicht, diese Impulse auf die Ebene der heimischen Auseinandersetzung zu transformieren. Die Havelschen Konzepte stellten bislang insofern keine Trumpfkarte im Kampf um die Erringung der europapolitischen Meinungsführerschaft in der Tschechischen Republik dar.
2. Damit ist auch die zweite der genannten Eigenheiten angesprochen: Der tschechischen Diskussion um die künftige Gestalt der Europäischen Union eignet eine manifeste *innenpolitische Dimension*. Wie gesehen, bietet das Spiel auf der »eurorealistischen« Klaviatur der ODS die Chance, europaskeptische Wähler zurückzugewinnen und ähnlich gesinnte Nichtwähler zu mobilisieren. Gleichzeitig ist die Akzentuierung europakritischer Momente auch im Lichte

der generellen Strukturierung des politischen Raums in der Tschechischen Republik zu sehen, für die eine zunehmende Polarisierung entlang einer Dimension »unpolitische versus politische Politik« kennzeichnend ist. Hierbei geht es um die Auseinandersetzung zwischen zwei gesellschaftlich-politischen und demokratietheoretischen Basisvorstellungen, von denen die eine (die »unpolitische«) auf die Schaffung bzw. Stärkung zivilgesellschaftlicher Netze und Strukturen jenseits des klassischen Institutionengefüges des politischen Systems setzt, die andere hingegen die Bildung bzw. Aufwertung standardgemäßer politischer Institutionen (v.a. traditioneller politischer Parteien) anstrebt und den Staatsbürger individuell und direkt darin verankern möchte. Dieser seit 1989 präsente Dauerkonflikt in der politischen Szenerie nahm nach einer Latenzphase in der Zeit der ODS-Hegemonie (zwischen 1992 und 1996) gegen Ende der 90er Jahre wieder an Intensität zu – ein Umstand, der auf die neuerliche Aktivierung der »unpolitischen« oder »antipolitischen« Strömung und ihres Hauptexponenten Václav Havel nach der Schwächung des »politischen« Lagers, also der Klaus-Equipe, bei den Wahlen von 1996 zurückzuführen ist. Die wichtigsten Stationen des Konflikts waren Havels Teilnahme an der Demontage der Regierung Klaus im November 1997, seine scharfe Kritik an der Ära Klaus in der Rede im Prager Rudolfinum am 9. Dezember 1997, überdies der wachsende Unmut über die nach 1989 entstandene politische Klasse insgesamt und die nach 1998 angewandten politischen Praktiken, die Proteste der ehemaligen studentischen Wortführer des Umbruchs vom November 1989 (Initiative Děkuje, odevěte!) und intellektueller Kreise (Impuls 99) sowie die Eskalation um die »Fernsehschmerz« vom Winter 2000/2001. Die Grundanordnung der gegnerischen politischen Optionen bei der Auseinandersetzung »unpolitische« gegen »politische« Politik ähnelt der Lagerbildung im europapolitischen Diskurs, wenn sie auch nicht vollständig identisch ist.<sup>158</sup> Vornehmlich die Gegen-

<sup>158</sup> So ist etwa die Sozialdemokratie eher zwischen den beiden Polarisierungszentren angesiedelt (ODS auf der einen

überstellung von ODS einerseits und Viererkoalition plus präsidentieller »Burg«<sup>159</sup> andererseits ist aber deckungsgleich mit der europapolitischen Lagerbildung. Die variierenden Haltungen zur europäischen Integration können insofern als Ausprägungen einer die politische Landschaft durchziehenden und seit geraumer Zeit zunehmend wirkungsmächtigen Konfliktlinie gedeutet werden. In diesen Zusammenhang paßt die Äußerung des KDU-ČSL-Vorsitzenden Svoboda, für den bei der Abwägung koalitionspolitischer Optionen die Haltung zur europäischen Integration eines der vorrangigen Kriterien ist.<sup>160</sup>

3. Die starke innenpolitische Komponente und die ihr inhärente polarisierende Auswirkung auf die Diskussion über die »Bestimmung« der europäischen Integration unterscheidet die tschechische Situation von der anderer Länder in Ostmitteleuropa, wo die Formulierung diesbezüglicher Standortbestimmungen stärker aus dem staatlich-administrativen Bereich kommt. Dieser Sachverhalt ist besonders frappierend in Polen, einem Land, in dem bereits eine (verhältnismäßig) große Anzahl von Debattenbeiträgen vorliegt, die aber in der internen Diskussion kaum aufgegriffen werden und parteipolitisch kaum oder gar nicht unterfüttert sind.<sup>161</sup> Ursächlich hierfür dürften vornehmlich Faktoren wie spezifische Agenden (partei-)politischer Akteure (Stellung der Europapolitik im programmatischen Gesamtkonzept, taktische Erwägungen) oder eine in mitteleuropäischen Kleinstaaten generell stärkere Tendenz zur innenpolitischen Instrumentalisierung externer Geschehnisse sein (so etwa die Deutschlandpolitik in der Tschechischen Republik).

Seite, Viererkoalition und Präsident auf der anderen Seite). Dies wurde etwa beim Fernsehstreit deutlich, als die ČSSD zwischen beiden Optionen lavierte, sich teils mit der Viererkoalition und den TV-Rebellen solidarisierte, teils einen Kurs der Äquidistanz einschlug, teils mit der ODS zusammenarbeitete.

**159** So wird nach dem Amtssitz des Staatsoberhauptes das »Präsidentenlager« bezeichnet.

**160** Pro volbu koaličního partnera je pro mne klíčový jeho postoj ke vstupu do EU, říká Cyril Svoboda [Bei der Wahl eines Koalitionspartners ist für mich die Einstellung zum EU-Beitritt ausschlaggebend, sagt Svoboda], in: *Právo*, 23.6.2001.

**161** Vgl. hierzu: Piotr Buras, Polska wobec dyskusji o przyszłości Unii Europejskiej [Polen zu Diskussionen um die Zukunft der Europäischen Union], Warschau 2001 (*Centrum Stosunków Międzynarodowych, Raporty i Analizy*, 6/2001).

## Abnehmende Polarisierung

Polarisierung, Asymmetrie und innenpolitische Instrumentalisierung – welche Aussagen lassen sich angesichts der dynamischen Grundkennzeichen der tschechischen Europa-Debatte über die künftige Rolle eines EU-Mitglieds Tschechische Republik machen? Prinzipiell muß man – und dies gilt auch mit Blick auf andere Länder der Region – mit Prognosen über etwaige Rollenzuschreibungen und Identitätsfestlegungen vorsichtig sein. Immerhin ist die Diskussion über die künftige Position in der EU zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch in statu nascendi. Es geht aber im vorliegenden Zusammenhang weniger darum, konkrete Einzelpositionen herauszudestillieren und – ausgehend von diesen – differenzierte Aussagen über kommende europapolitische Verortungen zu machen, sondern vielmehr darum, längerfristige Leitwerte und daraus abgeleitete Handlungsmotivationen außen- bzw. europapolitisch relevanter Akteure sowie Implikationen für künftige integrationspolitische Verhaltensdispositionen zu identifizieren.

Die entscheidende Frage, die sich hierbei stellt, lautet: Wie hoch ist die Trennwand zwischen den beiden europapolitischen Lagern? Im Falle einer starken und nachhaltigen Segmentierung zwischen beiden Optionen wäre über längere Zeit mit einer hohen Oszillationsneigung zwischen »föderalistischen« und »intergouvernementalistischen« Positionen sowie einer dementsprechend beeinträchtigten Erwartungsverlässlichkeit hinsichtlich integrationspolitischer Langfristziele zu rechnen. Im Falle einer weniger markanten Trennschärfe könnte indes die Entstehung eines Feldes gemeinsamer europapolitischer Vorstellungen Auftrieb erhalten.

Soviel steht fest: Es lassen sich grundsätzlich Anhaltspunkte für beide Entwicklungsoptionen beobachten. Nicht zu unterschätzen ist dabei die Prägnanz von vier Faktorengruppen, die der Variante kontinuierlicher oder wachsender Differenz entgehen:

- ▶ limitierende externe Faktoren,
- ▶ limitierende innenpolitische Faktoren,
- ▶ gemeinsame Ziele,
- ▶ Flexibilität der ODS.

### Externe Gegebenheiten als limitierende Faktoren

Was das erste Faktorenbündel angeht, sind insbesondere folgende Aspekte zu berücksichtigen:

- ▶ Aus der EU-Mitgliedschaft selbst werden sich Impulse zur Adaptation und Kompatibilisierung ergeben. Betont europakritische Tendenzen, wie sie etwa in der ODS präsent sind, werden insofern an Bedeutung verlieren, als für eine eventuell Regierungsverantwortung ausübende Kraft klar ist, daß ein Beharren auf allzu euroskeptischen Stellungen mit der Gefahr verbunden ist, sich in eine Position der Isolation zu manövrieren, aus der heraus eine effektive Einflußnahme auf die europäische Entscheidungsfindung nur schwer möglich ist.
- ▶ Letztlich sind sich alle relevanten Kräfte bewußt, daß die in der Tagespolitik oft auf die Dichotomie »Föderalismus« vs. »Intergouvernementalismus« verkürzte Debatte über die Zukunft der europäischen Integration in der Praxis wesentlich komplexere Ausprägungen annimmt und es sich daher eher um die Frage von Akzentsetzungen und Teilentscheidungen im Rahmen institutioneller Mischformen handelt als um eine Entweder-Oder-Entscheidung.
- ▶ Des weiteren werden die sozial-ökonomischen Strukturmerkmale, mit denen das Land in die Union eintritt, für alle politischen Akteure dieselben bleiben. Trotz massiver Kritik am bürokratischen Sozialismus der EU wird auch die ODS, solange die Tschechische Republik als Nettoempfängerin von horizontalen Finanztransfers profitieren kann, für den Erhalt finanzieller Leistungen und dadurch für die Wahrung des Solidaritätsprinzips eintreten.
- ▶ Auch die politisch-strukturellen Rahmenbedingungen im europäischen Gefüge sind identisch. Insbesondere die künftige Situation der Tschechischen Republik als kleineres EU-Mitglied wird als grundlegende Gegebenheit bei allen strategischen Kalkulationen zu berücksichtigen sein. Sicherlich gehen die Schlußfolgerungen, die aus dieser Sachlage gezogen werden, auseinander: Eine Argumentation pocht darauf, den Bereich der Mehrheitsentschei-

dungen weitestgehend zu limitieren, um durch das Einstimmigkeitsprinzip quasi Stimmengleichgewicht mit den großen Mitgliedstaaten zu erhalten und sich gegen allfällige Majorisierungstendenzen schützen zu können. Dem wird entgegengehalten, ein kleineres Land wie die Tschechische Republik könne gerade in einem supranationalen Rahmen durch das Zusammenwirken mit ähnlich dimensionierten Staaten seine Interessen am besten vertreten, da Supranationalität die Vetomöglichkeiten und den Spielraum von Großmächten einschränke.<sup>162</sup> Unabhängig von diesen Einzeleinschätzungen wird aber jede politische Equipe bei der Ausgestaltung von konkreten Prozeduren und formellen Gewichtungen solchen Lösungen zuneigen, die ihre Besitzstände als kleines Mitgliedsland nicht schmälern. In dieser Hinsicht werden die Kalküle von Partnerstaaten die gleiche Größenordnung aufweisen wie die der Tschechischen Republik.

### Interne Gegebenheiten als limitierende Faktoren – Koalitionsregierungen

Die abgelaufene Dekade demokratischer tschechischer Politik hat gezeigt, daß das politische System der Tschechischen Republik der Entstehung unikolorer Parlamentsmehrheiten nicht zuträglich ist: Läßt man die ersten demokratischen Wahlen von 1990 mit ihrem Sondercharakter eines antikommunistischen Plebiszits beiseite, so ist es einer einzelnen politischen Gruppierung nie gelungen, die absolute Mehrheit zu erringen. Die seit 1998 im Amt befindliche sozialdemokratische Regierung Zeman ist durch den sog. Oppositionsvertrag als Minderheitenkabinetts im Rahmen einer De-facto-Koalition mit der ODS an der Macht. Zwar kündigten ODS und ČSSD die Entstehung eines Zweiparteiensystems nach britischem Muster an, doch die von beiden Parteien geplante Änderung des Wahlgesetzes, durch die große Parteien künstlich gestärkt worden wären, wurde vom Verfassungsgericht verworfen. Damit deuten die institutionellen Voraussetzungen (Verhältnisswahl mit hoher Proportionalität) darauf hin, daß es auch mittelfristig für eine Einzelgruppierung schwierig werden wird, absolute Mehrheiten zu erlangen. Ein Zwang zur Koalitionsregierung wird aber auch im Bereich der

Europapolitik eine Milderung individueller parteipolitischer Partialforderungen beinhalten. Insbesondere mit Blick auf die ODS ist daher damit zu rechnen, daß die Partei ihren Europaskeptizismus und ihren intergouvernementalistischen Fundamentalismus nicht gegen den Willen potentieller Koalitions- oder Tolerierungspartner durchsetzen können.

### Gemeinsame Ziele

Trotz aller Differenzen in ihrer europapolitischen Haltung sind zwischen den staatstragenden politischen Akteuren auch eine Reihe von programmatischen Gemeinsamkeiten vor allem hinsichtlich der mittel- und langfristigen Ziele der europäischen Integration auszumachen. Klar formuliert wird von allen Seiten vornehmlich die Auffassung, daß durch Formen »flexibler Integration« keine Formen der Differenzierung und Peripherisierung aufkommen dürfen. Die Motivation der jeweils geäußerten Vorbehalte unterscheidet sich durchaus. Zwar ist allen gemeinsam die Furcht vor einem exklusiven integrativen Kern, zu dem die Tschechische Republik nicht gehören kann. Doch in der »eurorealistischen« Lesart der ODS ergibt sich hieraus die Gefahr, es bilde sich ein europäisches Kartell, das über das Schicksal des gesamten Kontinents und somit auch der Staaten entscheiden werde, die dieser Avantgarde bewußt nicht angehören wollen. Für die stärker euroföderalistisch orientierten Gruppierungen besteht indes vornehmlich das Risiko, daß sich ein abgeschlossener Integrationskern ergibt, dem ein Land wie die Tschechische Republik (wenigstens mittelfristig) nicht angehören kann, obwohl es vielleicht den Willen dazu aufweist. Insgesamt aber ist auf beiden Seiten der europapolitischen Trennlinie ein Plädoyer für die »Offenheit«<sup>163</sup> der europäischen Integration zu beobachten.

Neben dem Aspekt der Vertiefung bezieht sich das Kriterium der Offenheit auf den Themenkomplex Erweiterung. Auch hier tritt man – unabhängig von der jeweiligen europapolitischen Grundhaltung – für eine Aufrechterhaltung der Erweiterungsdynamik ein. Für die ODS ist eine rasche und umfassende Erweiterung nicht zuletzt eine Sperre gegen ein Vorantreiben der – aus ihrer Sicht – unerwünschten Vertiefung.<sup>164</sup>

<sup>163</sup> So Drulák, ebd.

<sup>164</sup> Die Devise lautet daher: »Erweiterung vor Vertiefung«; vgl. Petr Plectý, Česká zahraniční politika: Deset let hledání národních zájmů [Die tschechische Außenpolitik: Zehn Jahre der Suche nach nationalen Interessen], in: Petr Fiala/František

<sup>162</sup> So die ODS im Manifest des tschechischen Eurorealismus einerseits und Drulák, Finalita EU po Nice [Fn. 48] andererseits (s.o.).

Es drängt sich die Analogie zur Klausschen Strategie gegenüber Kooperationsinitiativen in Ostmitteleuropa auf. So setzte sich Václav Klaus für eine flache (auf wirtschaftliche Kooperation beschränkte), aber dafür geographisch breite Mitteleuropäische Freihandelszone (CEFTA) ein, um einer intensivierten, mit einer politischen Dimension versehenen Zusammenarbeit im Visegrád-Bereich entgegenzuwirken. Für eine langfristig weitgefaßte Europäische Union – allerdings nicht mit dem Ziel, die europäische Integration zu verwässern –, die auch die Ukraine umschließen soll, spricht man sich zum Beispiel auch in der ČSSD aus.<sup>165</sup>

Strömungen, die für die Wahrung nationaler Gestaltungsmöglichkeiten eintreten und damit partiell dem gemäßigten Flügel in der ODS nahestehen.

## Elastizität der ODS

Schließlich muß auf die Elastizität der Protagonisten des euroskeptischen Lagers, also der ODS und ihres Vorsitzenden Klaus, hingewiesen werden. Die ODS hat sich insbesondere zu Zeiten, in denen sie Regierungsverantwortung ausübte, als pragmatische und flexible politische Kraft erwiesen. Wie bereits erwähnt, ist ihr Politikstil stark von populistischen Elementen motiviert, was kurzfristig inhaltliche Schwenks und Überraschungscoups ermöglicht.<sup>166</sup> Insofern unterscheidet sich die ODS spürbar von ihrem erklärten Vorbild, den politisch starrereren britischen Konservativen, gegenüber denen sie sich als eine »plebejischere, ideologisch konformere und hinsichtlich ihrer Anziehungskraft (záběr) universellere Partei« erwiesen hat.<sup>167</sup>

Mit der Flexibilität der treibenden Kraft im intergouvernementalistischen Bereich korrespondiert eine nicht zu unterschätzende Heterogenität unter den stärker supranational ausgerichteten Gruppierungen. So sind weder die Sozialdemokraten noch die Christdemokraten Anhänger eines »Föderalismus ohne Wenn und Aber«. In beiden Gruppierungen gibt es

Mikš (Hg.), Česká konzervativní a liberální politika [Fn. 20], S. 321–328 (328).

**165** »Opatrný optimista« doufá ve velkou EU včetně Ukrajiny [Ein »vorsichtiger Optimist« glaubt an eine große EU einschließlich der Ukraine], Interview mit Jan Kavan, Außenminister der Tschechischen Republik, in: LN, 16.12.1999.

**166** Das vielleicht augenfälligste Beispiel ist der harte, gegen die ČSSD gerichtete antisozialistische Kurs der ODS vor den Parlamentswahlen von 1998, der nach der Pattsituation, welche aufgrund des Wahlergebnisses entstanden war, einer unbefangenen Kooperation mit den Sozialdemokraten auf der Grundlage des »Oppositionsvertrags« wich.

**167** So die Meinung eines führenden innenpolitischen Kommentators: Petr Nováček, ODS: strana s kočičím životem [ODS: Eine Partei mit Katzenleben], in: Slovo, 20.4.2001.

## Synopsis der integrationspolitischen Positionen tschechischer Parteien und des Staatspräsidenten

	ODS	ODS	KDU-ČSL	US	ČSSD	KSČM	Havel
	inoffizielles Dokument »Manifest des Tschechischen Eurorealismus«	Außenpolitisches Programm »Nationale Interessen in einer realen Welt«	»Die Außenpolitik der KDU-ČSL«	Europäische Vision der Freiheitsunion – »Mit der Union in die Union«	Resolution des XXX. Parteitags zur künftigen Gestalt der EU »Euromanifest der ČSSD«	»Programm der Erneuerung« »Die KSČM an der Schwelle des Jahrtausends«	u.a. Reden im frz. Senat 3/1999; Europaparlament 2/2000
Institutionen-Parlament Rat Kommission	keine Ausweitung der Kompetenzen Rat als »legitimstes Organ«	»Stärkung der Institutionen, die von den Nationalstaaten abgeleitet sind«	Wahrung der Rechte kleiner und mittlerer Staaten; Stärkung des Parlaments	fortschreitende Föderalisierung und Demokratisierung der Institutionen; Stärkung des Parlaments; einheitliches Wahlsystem in allen Mitgliedstaaten Direkte Verantwortung ggüber Parlament	»grundsätzlich Bevorzugung der Gemeinschaftsmethode«, Inter-gouvernementalismus, nur dort wo notwendig Stärkung des Parlaments Stärkung der Kommission		Zwei-Kammer-Parlament: Erste Kammer berücksichtigt Größe; zweite Kammer mit 2-3 Vertretern aus jedem Staat durch nat. Parl. gewählt Komm. nicht nach Punkten zusammengesetzt
Mehrheitsentscheidungen	gegen Ausweitung		für Ausweitung				
Flexible Integration	wird begrüßt, gibt Ausstiegsmöglichkeiten für »Unwillige«	grundsätzlich ja, v.a. im Bereich der 2. und 3. Säule	Teilnahme der TschR an allen Projekten, in denen es zu einer Integration mit mehreren Geschwindigkeiten kommt				
Verfassung	Ablehnung; dafür kurzes Dokument über Felder, die auf europäischer Ebene geregelt werden können		Ausarbeitung einer Verfassung, in der Entscheidungsmechanismen und vertikale Kompetenzabgrenzung klar geregelt werden	Verfassung – stärkt politische Identität und trägt zur besseren vertikalen Kompetenzabgrenzung bei	Verfassung, die Grundrechtscharta beinhaltet		»transparente und allgemeiner-ständige Verfassung« bestehend aus zwei Teilen: Grundrechte und -pflichten, Institutionen

Kompetenz- abgrenzung			»konsequente Anwendung des Prinzips der Subsidiarität«		»genaue Spezi- fizierung der Kompetenzen einzelner Ebenen«; Berücksichtigung des Prinzips der Subsidiarität	Befürwortung der Schaffung »linker Euroregionen«	
GASP/ESVP	keine Schwächung der NATO durch ESVP; Rückgriff auf NATO- Fähigkeiten nur nach Erlaubnis und unter Kontrolle	Binnenmarkt als Kern der Integration					
Zielmodell der Integration	starke National- staaten; »keine weitere unnatür- liche Vertiefung«; Intergouverne- mentalismus	»Europa der Nationalstaaten, das auf freiem Markt basiert«	Stärkung des »Elements des Föderalismus«	»handlungsfähiges und mit einer Stimme sprechen- des Europa«; »offenes«, sich der Globalisierung stellendes Europa; Demokratisierung, Effektivierung, Föderalisierung	»Vertiefung der ökonomischen und politischen Integration bei fortschreitender Stärkung der Demokratie und föderativer Elemente bei Respektierung der nationalen und kulturellen Eigenart einzelner Staaten, Nationen und Regionen«	»Sozialistisches Europa«, »demo- kratisches Europa«	langsame und immer tiefere Parlamentari- sierung und Föderalisierung
WWU	skeptisch, Referendum als Voraussetzung für Beitritt zur EWU	Beitritt der TschR muß detaillierte Diskussion voraus- gehen; Risiko der Währungsunion als Vorstufe zu fiskalischer und politischer Union	Schnellstmög- licher Beitritt				



## Abkürzungsverzeichnis

ČN	České noviny (Internet-Service der Nachrichten-agentur ČTK)
ČSSD	Česká strana sociální demokratická – Tschechische Sozialdemokratische Partei
DEU	Demokratická unie – Demokratische Union
HN	Hospodářské noviny (Tageszeitung)
KDU-ČSL	Křesťanská a demokratická unie – Československá strana lidová – Christliche und Demokratische Union – Tschechoslowakische Volkspartei
KSČM	Komunistická strana Čech a Moravy – Kommunistische Partei Böhmens und Mährens
LN	Lidové noviny (Tageszeitung)
MfD	Mladá fronta Dnes (Tageszeitung)
ODA	Občanská demokratická aliance – Demokratische Bürgerallianz
ODS	Občanská demokratická strana – Demokratische Bürgerpartei
US	Unie svobody – Freiheitsunion
4K	Čtyřkoalice – Viererkoalition